

Metall-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich Samstags.

Abonnementspreis pro Quartal 80 J.
Zu beziehen durch alle Post-Anstalten.

Nürnberg, 25. November 1899.

Inserats die dreispaltige Pettizelle oder deren Raum 30 J
Redaktion und Expedition:
Nürnberg, Luitpoldstraße Nr. 9.

Inhalt: Die Zuchthausvorlage und der Reichstag. — Zur Lage der deutschen Eisen- und Stahlarbeiter. — Aus der christlichen Arbeiterbewegung. — Die Metallarbeiter und die Zuchthausvorlage. — Das Königreich Stumm. — Die Nationalliberalen und die Zuchthausvorlage. — Bericht über meine Agitationstour in Schleswig-Holstein. — Deutscher Metallarbeiterverband: Bekanntmachung des Vorstandes. — Korrespondenzen. — An die Verwaltungsstellen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes der Provinz Hannover. — Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter. — Bekanntmachung des Schiedsgerichts. — Mundschau. — Literarisches.

Zur Beachtung.

Zug ist fernzuhalten:

- von Elektromonteuern nach Bremen (F. W. Buschmeyer, Puffelstr. 24b.);
- von Feilenbauern nach Braunschweig, nach Chemnitz nach Furtthof (Niederösterreich) Str.;
- von Flachsen (Klempnern) nach Elm a. Rh., nach Düsseldorf (Wortmann & Elbers) Str., nach Hamburg;
- von Formern und Gießereiarbeitern nach Bremerhaven (Seebeck) Str., nach Canustadt (Grupp) Str., nach Cöthen (Werkzeug- und Maschinenfabrik, A. G. vorm. Aug. Pöcher) A., nach Frankenberg i. Sach., nach Frankenthal (F. Guttmann) Wl., nach Gera Str., nach Halle-Süchdorf (A. Salobi, Delischstr.), nach Langhammer, Pröben-Gröblich, Burghammer und Kieba Wl., nach Leipzig und sammtl. Vororten Str., nach Lütta Wl., nach Penig, nach Radeben, nach Zeit;
- von Jir. Instrumentenmachern nach Cuttlingen D.;
- von Metallarbeitern aller Branchen nach Berlin, nach Elberfeld (Fr. Käseberg), nach Flensburg (Santzen & Goos), nach Grottko, nach Herbolz (insbesondere von Gießern, Schleifern und Drehern) (Schäfermaier & Jens), Wl., nach Leipzig, nach Leipzig-Gohlis (Wohmannsche Musikwerke), nach Meil, nach Straßburg i. El. (Metallwaarenfabrik Otto Wille & Co.);
- von Plantieren nach Düsseldorf Wortmann & Elbers);
- von Reibzeugmachern nach Nürnberg Str.
- von Schleifern nach Püttau Phänomenfabrikwerke;
- von Schlossern nach Gildburghausen (S. Wassenheimer) (Str.);
- von Schloßfabrikarbeitern nach Dresden;
- von Schlossern und Maschinenbauern nach Grimmitzschau (Kirmse), nach Gera, R. J. S. (Werner Maschinenbau-W. G. vorm. Alfred Kühn), nach Greiz, nach Schmölln i. S. A., Wl.

(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streikgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streik in Aussicht; U.: Lohnbewegung; A.: Aussperrung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; Mi.: Mißstände; St.: Lohn- oder Urtorb-Reduktion.)

Die Zuchthausvorlage und der Reichstag.

Die Entscheidung naht. Am 14. November trat der Reichstag wieder zusammen und bald wird die Zuchthausvorlage zur Behandlung und hoffentlich zur endgültigen Verabschiedung kommen. Dieser Hoffnung darf man sich hingeben Angesichts der erfreulichen Gestaltung der öffentlichen Meinung, die fast auf der ganzen Linie die Zuchthausvorlage verurtheilt.

Die Verhältnisse haben sich seit der Ende Juni erfolgten Vertagung des Reichstages entschieden zu Gunsten des Koalitionsrechts der Arbeiter gewendet. Mit Ausnahme der gewerkschaftlichen Scharfmacherpresse und der gutbezahlten agitatorischen Handlanger des Selbstsacks sowie der Unternehmerorganisationen stand ja schon vom Anfang an Alles gegen das Zuchthausprojekt. Das zeigte sich nach der Bielefelder wie nach der Deynhäuser Kaiserrede und das zeigte sich auch sofort aus der Aufnahme, die die Zuchthausvorlage bei ihrer Veröffentlichung fand; dieser Stellungnahme des größten Theiles der öffentlichen Meinung entsprach sodann die vierstägige Reichstagsdebatte über die Vorlage, die mit der Ablehnung der von den Konservativen beantragten Kommissionsberatung endete. Die damalige Situation war in der That so, daß man von einer Hinrichtung der Zuchthausvorlage, von einem Kadaver reden konnte, dessen Verscharrung auf dem Schindanger nur aus formellen Gründen bis zum Herbst vertagt wurde. Unter diesem für sie niederschmetternden Eindruck standen auch die geschworenen Feinde der Arbeiter, die nach der wuchtigen Niederlage der Regierung und ihres Wechselbalges die Sprache verloren zu haben schienen.

Allein die abgebrühten und in Freiheit erzogenen und geübten Gegner erholten sich rasch wieder von ihrer Niederlage und mit neuem Muthe gingen an das Werk der Scharfmacherei. Nach der Parole: Ausnutzung der fünfmonatlichen Reichstagsferien für die Zuchthausvorlage ging die Heze unter der Führung des galizischen Juden Schweinburg aufs Neue los und in gewohnter Weise wurde in Entstellung und Verdrehung von Vorkommnissen, in Verlogenheit und Böswilligkeit das Menschenmögliche geleistet, um so systematisch die öffentliche Meinung zu bearbeiten und künstlich eine der Zuchthausvorlage günstige Stimmung zu erzeugen. Dieses verwerfliche und heizerische Gebahren fand auch indirekte Unterstützung durch das übereifrige Vorgehen der Behörden gegen die im Kampfe stehenden organisierten Arbeiter. Diese Praxis, die sich gegen Jedes und Alles richtet, was die Arbeiter thun, läßt schon heute die Frage stellen: was denn da überhaupt noch erlaubt ist? Ganz unauffälliges Postenstehen, Aufenthalt in der Nähe des Bahnhofes, der Versuch gütlicher Ueberredung von Streikbrechern, die Verhängung der Sperre, jedes nicht salomnähige Wort, das an einen Streikbrecher gerichtet wird und Anderes mehr, wird heute von der Polizei beanstandet und von den Gerichten mit den schwersten Strafen belegt. Die letztere Thatsache ist gerade für jeden vernünftigen Menschen der beste Beweis für die Unbegründetheit der Zuchthausvorlage und für die Nothwendigkeit des freiheitlichen Ausbaues des unerträglich eingeschränkten Koalitionsrechts der Arbeiter. Allein die Scharfmacher haben eine eigene Logik, sie leiteten gerade aus den vielen und schweren Verurtheilungen, die oft unfassbar und unbegreiflich erscheinen und nur aus der dumpfen Stille des Zuchthauskurzes einigermaßen erklärlich sind, die Nothwendigkeit eines Zuchthausgesetzes her.

Auf der anderen Seite waren aber auch die Gegner der Zuchthausvorlage den Sommer hindurch nicht müßig. Die gewerkschaftliche und politische Arbeiterpresse war unermüdet thätig, die Arbeiter über die Fribollität und die gefährliche Tragweite der Vorlage aufzuklären und den Schwindel der Zuchthausfreunde kritisch zu beleuchten. Zahlreiche Versammlungen behandelten den Wechselbalg und beschloßen Protestresolutionen und zwar nicht nur solche von gewerkschaftlich organisierten und sozialdemokratischen Arbeitern, sondern auch von den Gewerksvereinslern, von den christlichen Organisationen und den evangelischen Arbeitervereinen, von Parteitagen zc. Katholische Parteitage wie solche der Volkspartei, der Nationalsozialen und der Sozialdemokratie sprachen sich entschieden dagegen aus und auch auf der Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik nahm der Präsident Professor Schmoller unter der Zustimmung der ganzen Versammlung entschiedene Stellung gegen das Attentat auf eines der wichtigsten Arbeiter- und Menschenrechte. Auf dem nationalsozialen Parteitag hielt Brentano einen vorzüglichen Vortrag über die Zuchthausvorlage, in der er wie Schmoller die Kulturnothwendigkeit der Arbeiterbewegung und die Kulturfeindlichkeit der Zuchthausvorlage in überzeugender und unanfechtbarer Weise darlegte. Auch bürgerliche Parlamentarier, wie Lieber, Wassermann und Andere nahmen in öffentlichen Versammlungen wiederholt Gelegenheit, zu versichern, daß sie nach wie vor auf ihrem ablehnenden Standpunkte stehen und daß nicht die Zuchthausvorlage, sondern der Ausbau der Koalitionsfreiheit der Arbeiter noth-

wendig sei. Im gothaischen und bayerischen Landtage, wo die Sozialdemokraten die Regierungen über ihre absolut unbegründete Zustimmung zu der Zuchthausvorlage im Bundesrathe interpellirten, nahmen die bürgerlichen Parteien in Gemeinschaft mit den Sozialdemokraten einmüthig Stellung gegen die Vorlage. Politische Wahlen, die seitdem stattgefunden haben, wie in Bayern, Baden, Freiberg, Göttingen, Berlin zc. standen unter dem Einflusse des Zuchthauskurzes und zeigten einen verstärkten Zug nach links, ein massenhaftes Abbrechen des arbeitenden Volkes von den Volksfeinden, eine Ablehnung der Zuchthausvorlage.

Die mannhaften Worte Bassermanns, daß nur die Großindustrie den „verstärkten Arbeiterschutz“ in Gestalt der Zuchthausvorlage fordere und daß es eine großartige Heuchelei sei, wenn diese vom „Schutze der Arbeitswilligen“ rede, scheint selbst auf die großkapitalistische Partei sans phrase, auf die scharfmacherischen und reaktionären Nationalliberalen nicht ohne Wirkung geblieben zu sein. Sie verlangen nun selbst nicht nur das Fallenlassen der schärfsten Bestimmungen der Zuchthausvorlage, sie geben sogar diese selbst preis gegen den „weitem Ausbau“ des § 153 der Gewerbeordnung, was freilich keine Besserung bedeutete, denn derselbe ist nicht zu einem Zuchthausparagrafen auszugestalten, sondern gänzlich abzuschaffen, da er ein Ausnahmegesetz und zwar ein draconisches Ausnahmengesetz gegen die Arbeiter ist.

Ohne neue Zwischenfälle und Manöver erscheint unter den dargelegten Umständen die Ablehnung der Zuchthausvorlage in der zweiten Lesung des Reichstages als sicher. Aber alle Gefahr ist damit für die Arbeiter noch nicht beseitigt. Die Neigung des Zentrums, die Koalitionsfreiheit der Arbeiter weiter auszubauen, gleichzeitig aber ausreichende Maßnahmen gegen den „Mißbrauch des Koalitionsrechts“ zu treffen, eröffnet den Posadowsky und andern Arbeiterfeinden die Aussicht, auf diesem Wege dasselbe oder annähernd dasselbe zu erreichen, was die Zuchthausvorlage bietet. Darum heißt es auch fernerhin unablässig auf der Gut zu sein, um jede, auch die geringste Verschlechterung der Koalitionsfreiheit zu verhindern. Die Arbeiter haben trokaldem einen großen Einfluß auf das öffentliche Leben, es gilt nun, denselben auch fernerhin rechtzeitig zur Geltung zu bringen.

Zur Lage der deutschen Eisen- und Stahlarbeiter.

Hoch schlagen die Dividendenwogen! Jubelnd wird in den Geschäftsberichten der übergroßen Mehrzahl der Aktiengesellschaften der glänzenden Ergebnisse gedacht, die die günstige Konjunktur erbrachte. Nicht um 10 Prozent, nein, um 100 und mehr Prozent steigerten sich die Gewinne! Neben der hohen Dividendenauschüttung von 10 bis 20 und mehr Prozent ist man auch noch in der Lage, ganz exorbitante Rücklagen in Gestalt außerordentlicher Abschreibungen, Reservefonds u. s. w. zu machen und so für spätere Jahre, bei stauer Marktlage, doch entsprechende Dividende abstoßen zu können. Anstatt sich mit den außerordentlichen Dividenden zu begnügen und von dem noch verbleibenden Ueberschuß den Arbeitern etwas zukommen zu lassen, sorgen die Dividendenarbeiter lieber dafür, daß ihnen bei niedergehender Konjunktur weiter reichlicher, mühseliger Gewinn bleibt. So bringt man die Arbeiterschaft um den ihr gebührenden Theil an der flotten Geschäftslage.

Diese Empfindung hat man auch wohl in den theilhaftigen Kreisen. Damit der Arbeiter aber ja nicht daran denken soll, Forderungen zu stellen, bringen es die Gesellschaften in ihren Geschäftsberichten fertig neben dem Jubel über die glänzenden Ergebnisse auch Klageklagen zu bringen über die — gestiegenen Arbeiter-

Löhne, Lohnsteigerungen, durch die angeblich oft genug ein Gewinn für die Unternehmer in Frage gestellt würde. Wenn das richtig wäre, in welcher beneidenswerten Lage müßte sich dann der deutsche Arbeiter befinden? Daß die gerühmte Hebung der wirtschaftlichen Lage für die deutschen Metallarbeiter nicht zutrifft, beweisen schon die Berichte der Berufsgenossenschaften der verschiedenen Eisen- und Stahlindustrien. Es hatten anrechnungsfähige Löhne pro Kopf der Versicherten zu verzeichnen:

Table with 3 columns: Berufsgenossenschaften, 1898, 1897. Lists various industries like Eisen- u. Stahl-B.G., etc.

Die Angaben entsprechen allerdings nicht genau den wirklich gezahlten Löhnen, weil der 4 M. übersteigende Lohn nur mit einem Drittel zur Anrechnung kommt. Etwas, wenn auch nicht viel, würde sich demgemäß das tatsächliche Einkommen höher stellen. Das kann aber auf die prozentuale Steigerungsquote nicht von Einfluß sein.

In den 8 Berufsgenossenschaften sind rund 851,000 Personen versichert. Für diese hat sich das Einkommen in den letzten 12 Jahren um durchschnittlich 1 1/2 Proz. jährlich gesteigert. Das also ist das glänzende Resultat für die Eisen- und Metallarbeiter bei der günstigen wirtschaftlichen Lage in der gesamten Metallindustrie. Doch nein! Um das Bild vollständig zu machen, müssen wir noch etwas anführen. Die Unfall- und Krankenziffern fehlen dabei. Bei diesen dürfen sich die Metallarbeiter allerdings nicht über mangelhafte Steigerung beklagen. Hier kommt der "Segen" der glänzenden Konjunktur in ganz enormen Ziffern zum Ausdruck.

Es verunglückten von den bei den obgenannten Berufsgenossenschaften versicherten Personen:

Table with 5 columns: Überhaupt, davon tödlich, 1897, 1898. Shows accident statistics for 1897 and 1898.

Also um 82 Prozent stiegen die Unfallziffern! Die für die Metallarbeiter maßgebenden Erkrankungs- ziffern lassen sich, weil besondere Angaben darüber fehlen, nur schätzungsweise angeben. Die Mehrzahl der Metallarbeiter ist in den sogen. Betriebs- oder Fabrikkrankenkassen versichert. Diese Kassen nun weisen gegenüber dem Durchschnitt sämtlicher Krankenkassen des Reiches eine bedeutend höhere Erkrankungs- ziffer der Mitglieder auf. Es haben zu verzeichnen, auf 100 Mitglieder:

Table with 5 columns: Erkrankungsfälle, Krankenstage, 1898, 1897. Shows illness statistics for 1898 and 1897.

Woher diese erschreckende Zahlen? Sie sind eine direkte Folge der guten Konjunktur! Oder will man vielleicht behaupten, die ärztliche Kunst sei heute weniger erfolgreich wie früher, die medizinische Wissenschaft sei anstatt vorwärts, rückwärts gegangen, oder die technische Entwicklung in der Produktion habe die Mittel zur Verhütung von Unglücksfällen wirkungslos gemacht? Nichts von dem ist der Fall. Die ärztliche Kunst ist nicht zurückgeblieben, der Natur ist in der Industrie eine Helferlein bei der Produktion von Arzneimitteln ersanden, in den heutigen Krankenhäusern, Heilanstalten zeigt es sich, daß die technischen

Hilfsmittel zur Bekämpfung der Krankheiten einen den zu erfüllenden Aufgaben entsprechenden Fortschritt genommen haben. Wenn nun trotzdem die Unfall- und Erkrankungs ziffern fortgesetzt in steigender Richtung sich bewegen, dann rührt das daher, weil für den Arbeiter unter der günstigen Konjunktur Verhältnisse maßgebend sind, an denen alle ärztliche Kunst, die besten Medikamente und die schönsten - Unfall- verhütungsvorschriften nichts ändern. Um nur mehr und mehr produzieren zu können, werden die vorhandenen Arbeitskräfte bis zum Äußersten ausgenutzt. Die Akkordpreise werden reduziert, dadurch der Arbeiter zu größerer Intensivität veranlaßt, unter der dann natürlich oft genug die notwendige Vorsicht außer Acht gesetzt wird. Damit nicht genug. Aus der 10 stündigen Arbeitszeit wird meist eine 12 stündige, dazu die Exträüberzeit. Die größere Anspannung, die längere Arbeitszeit wirken doppelt abspannend auf den Arbeiter, kein Wunder, wenn die Unfallziffern steigen! Dazu kommt noch, daß unbeschadet der dadurch geschaffenen größeren Unfallgefahr vollständig ungelernete Arbeiter in immer größeren Scharen von der Metallindustrie aufgenommen und ohne vorherige Ausbildung an gefährvolle Arbeit gestellt werden. Mehr produzieren, damit die Dividenden steigen, ist das Evangelium der Unternehmer, diesen gegenüber müssen alle anderen Rücksichten schweigen. In Folge der verlängerten Arbeitszeit, der stärkeren Anspannung wird aber nicht nur eine größere Unfallgefahr geschaffen, sondern auch die Prädisposition der Arbeiter zu allen möglichen Krankheiten ganz enorm gefördert. Die Lungentuberkulose, die in geradezu unheimlicher Weise sich ausbreitet und ganz besonders reiche Ernte hält unter den Fabrikproletariern, hat ihren eigentlichen Herd in den Arbeitswerkstätten. Meist ohne Ventilationsanlagen bei mangelndem Luftstrom, lichtlos, feucht, dazu die luftverpefenden Materialien, verdunstendes Öl z., ferner die auch die Luft verderbende Gasbeleuchtung, das ist der Ort, in dem der Arbeiter Tag für Tag schaukeln muß. Und nun werden ihm die paar Stunden die er außerhalb der die Gesundheit vernichtenden Atmosphäre verbringen darf, noch verkürzt. Das Geschäft blüht und für den Arbeiter besteht der Theil an dem Segen darin, daß er seine Gesundheit jähneler ruinieren darf!

Lächerlich ist der Hinweis auf die gestiegenen Löhne. Ganz abgesehen davon, daß es sich fast ausschließlich um eine aus stärkerer Anspannung der Arbeitskraft, aus Verlängerung der Arbeitszeit resultierende Einkommenssteigerung handelt, ist nämlich zu bemerken, daß die Steigerung oft genug kaum ausreicht, um die Mehranslagen für gestiegene Mieten, vertheuerte Lebensmittel, Krankheitskassen zc. zu decken.

Will der Arbeiter wirklich an der guten Geschäftslage partizipieren, dann darf er sich nicht auf das gute Herz der Unternehmer verlassen, er muß seinen Theil fordern und das kann er nur durch eine starke geschlossene Organisation. W. D.

Aus der christlichen Arbeiterbewegung.

Gegenwärtig machen die katholischen Geistlichen und sonstigen Zentrumsführer in Köln und Umgegend große Anstrengungen, um die Arbeiter und speziell die Metallarbeiter, für die christliche Gewerkschaftsorganisation einzufangen. In der christlichen Arbeiterbewegung gibt es zwei Richtungen: die eine meint es ehrlich, ist zu gemeinsamem Vorgehen mit den freien Gewerkschaften geneigt und betont die Interessengemeinschaft aller Arbeiter in wirtschaftlichen Fragen. Mit dieser Richtung kann man sich abfinden, durch sie werden indifferente Arbeitermassen aufgerüttelt und eine derartige Organisation der Arbeiter ist immer noch besser als gar keine. Die andere Richtung hat sich die Spaltung und Verhetzung der Arbeiter und speziell die Bekämpfung der freien Gewerkschaften zum Ziele gesetzt. Sie verhindert jedes erfolgreiche Vorgehen der Arbeiter zur Hebung ihrer Lage und wagt nur den Unternehmern. Letztere Richtung hat jetzt in Köln und Umgegend leider die Oberhand.

Im kommenden Frühjahr sind in Köln und Mülheim a. Rh. Gewerbegerichtswahlen. Die Christlichen empfinden es bitter, daß hier in den Domänen des Katholizismus und des Zentrums die Arbeitnehmerbevollmächtigten nicht in ihren Händen sind. Mit Hilfe des christlichen Metallarbeitervereins hofft man nun die bisherigen Besitzer zu verdrängen und verdoppelt daher jetzt die bisherigen Anstrengungen.

Am Sonntag, den 22. Oktober fand in Ehrenfeld eine christliche Metallarbeiterversammlung statt, in der ein dem Zentrum angehöriger Reichs- und Landtagsabgeordneter und ein katholischer Pfarrer als Redner auftraten. Beide berührten die gewerkschaftlichen Befreiungen der Arbeiter nur so nebenbei, der Haupt-

theil ihrer Ausführungen bestand in Schimpferelen gegen die Sozialdemokratie. Bemerkenswerth ist, daß sie sich auch scharf gegen die Hirsch-Dunder'schen, bisher an vielen Stellen ihre Bundesgenossen, wandten, und zwar wie ausdrücklich betont wurde, aus dem Grunde, weil sie den freien Gewerkschaften nicht mehr feindlich genug gegenüberständen.

Denselben Sonntag fand auch in Kalk eine christliche Metallarbeiterversammlung statt, zu der außer den Geistlichen am Ort, noch zwei Reichstagsabgeordnete der Zentrumsfraktion, ein auswärtiger kath. Pfarrer und ein Kaplan, der sich seiner vernünftigen Ansichten wegen eines guten Rufes in der Arbeiterschaft erfreut, als Redner angekündigt waren. Eingefunden hatten sich ca. 70 Personen. Von den angekündigten Rednern war keiner erschienen. Einer der Ortsgeistlichen unterhielt die Anwesenden mit einer Aussenrede, in der er klarzulegen suchte, daß der Mensch sich nicht vom niedrigen Wesen zu seiner heutigen Höhe entwickelt habe, sondern als vollkommenes Wesen von Gott erschaffen worden sei.

Für den darauf folgenden Sonntag war für Kalk wiederum eine christliche Metallarbeiterversammlung mit einem Zentrumsabgeordneten als Redner angekündigt. Da auf Plakaten und in Inseraten freie Diskussion zugesagt war, hatten sich auch Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes eingefunden. Zu der Versammlung waren die christlichen Arbeiter aller Berufe aus Köln und Umgegend mobil gemacht worden; es mochten wohl über 500 Personen anwesend sein. Der angekündigte Referent war wieder nicht erschienen. Zunächst suchte ein Herr Lohr aus Deutz die Nothwendigkeit der christlichen Gewerkschaften mit der Behauptung nachzuweisen, in den freien Gewerkschaften werde die Religion der christlichen Arbeiter gefährdet. Der Gedanke der christlichen Arbeiterbewegung reiche bis in die sechziger Jahre und auf die Anregung des Bischofs Ketteler zurück. Der Kulturkampf habe ihn in den Hintergrund gedrängt, seit dieser nachgelassen, sei er wieder aufgenommen worden.

Herr Lohr befindet sich mindestens in einem großen Irrthum. Die christliche Arbeiterbewegung wurde mit dem Auftreten Lassalle's und der Schaffung einer selbstständigen Arbeiterbewegung zu dem Zwecke inszeniert, die Arbeiter vom Anschluß an den Allgemeinen deutschen Arbeiterverein abzuhalten. Nicht der Kulturkampf war es, der sie in den Hintergrund drängte, gerade als er am heftigsten tobte, stand die christliche Arbeiterbewegung in ihrer höchsten Blüthe; sie ging zu Grunde an ihrer inneren Gehaltlosigkeit. Die christlich-sozialen Blätter präzisirten die Grundlage der christlich-sozialen Vereine im Februar 1870 folgendermaßen: "Keines ihrer Mitglieder darf einem sozialdemokratischen Verein angehören. Jeder christlich-soziale Verein muß sich eng an die Kirche anschließen. Hervorragende begüterte Männer, besonders Meister, sind als Ehrenmitglieder heranzuziehen, dürfen aber nicht Vorstandsmitglieder werden, um nicht das Mißtrauen der Arbeiter zu erregen. Streiks sind nicht absolut verwerflich; es darf nicht der Verdacht aufkommen, als schwimme man im Schlepptau des Kapitals. Politik ist fernzuhalten, wenn nicht Fragen von kirchlicher Bedeutung aufstehen, dann ist entschiedene Parteinahme geboten. Zur Besprechung sozialer Fragen muß Sonntags Abends eine Versammlung abgehalten werden. Krankenkassen und Kreditvereine sind wo möglich zu gründen."

Die Leiter der Vereine waren Geistliche. Daß auf derartiger Grundlage beruhende Vereine die Arbeiter, denen sie nichts boten, nicht an sich zu fesseln vermochten, ist jedem Einsichtigen klar. Pfarrer Oberdörfer bekennt dies auch offen in einer im Jahre 1898 in der Kölner Korrespondenz erschienenen Artikelserie, in der er die Frage behandelt: "Was haben Arbeitgeber und Arbeiter zu thun, um mitzuwirken zur Lösung der sozialen Frage?" "Bei uns in Deutschland", so führt er aus, "und in den benachbarten Staaten haben wir katholische Arbeitervereine gegründet. Eine große Bedeutung haben sie bis jetzt nirgendwo erlangt. Die Zahl der Mitglieder dieser Vereine ist gering. Der Kern der Arbeiterschaft ist nicht in diesen Vereinen. Die sozialpolitische Bedeutung derselben ist gleich Null." Den Grund, weshalb die katholischen Arbeitervereine nicht gedeihen wollen, erblickt Oberdörfer in dem Mangel eines klaren, sozialpolitischen Programms. Vor einigen Jahren sei ein solches entworfen worden; aber die politische Partei, auf die die katholischen Arbeitervereine angewiesen seien, wolle nichts von einem derartigen Programm wissen. Die Leiter der christlichen Arbeitervereine, die in den sechziger und siebziger Jahren in ehrlichem Willen vorwärts drängten, wurden zum Theil unter Anwendung

recht unsauberer Mittel von ihren Mitschriften beseitigt. Die Geschichte des Kaplans Cronenberg in Aachen ist dafür ein eben so sprechendes als empörendes Beispiel. Dies und der weitere Umstand, daß mit dem Erlaß des Sozialistengesetzes auch die gewerkschaftliche Bewegung der Arbeiter vernichtet wurde und damit für die Arrangeure der christlichen Arbeiterbewegung der Anlaß zu deren weiterer künstlicher Aufrechterhaltung fortfiel, sind die wahren Ursachen für das Verschwinden der christlichen Arbeiterbewegung, wie auch für ihr mit der Wiederentwicklung der gewerkschaftlichen Bewegung zusammenfallendes Wiedererscheinen.

Pfarrer Driesen, der zweite Redner unterhielt die Versammlung zunächst mit einer Abhandlung über Affentheorie. Dann suchte er durch theilweise entstellte Zitate aus Reden auf sozialdemokratischen Parteitag die Religionsfeindlichkeit der freien Gewerkschaften, die er kurzer Hand als einen Bestandteil der sozialdemokratischen Partei hinstellte, nachzuweisen. Den Ausspruch Bebel's auf der Züricher Arbeiterschutzkonferenz, zwischen der christlichen und der sozialistischen Weltanschauung klaffe eine abgrundtiefe Kluft, wandte er kurzer Hand auf die Gewerkschaften an. „Selbst Euer Bebel,“ so rief er mit Pathos aus, „hält ein Handinhandgehen der christlichen und sozialistischen Arbeiter unmöglich.“ Auch das kommunistische Manifest brachte der Herr Pfarrer in Beziehung zur Gewerkschaftsbewegung.

Der christliche Metallarbeiter Döring, der über Mißstände im Metallarbeitergewerbe unter besonderer Berücksichtigung des Ueberstunden- und Akkordunwesens redete, war der einzige der christlichen Redner, der sachlich sprach.

Nun wurde die freie Diskussion mit der Bemerkung eröffnet, daß die Redezeit auf fünf Minuten festgesetzt sei. (Kollege Hofrichter,) der zunächst das Wort erhielt, geißelte, ab und zu vom Gebrüll der Christlichen unterbrochen, diese sonderbare Art „freier Diskussion“, und wies, soweit dies in der kurzen Zeit möglich war, den Referenten verschiedene Unrichtigkeiten nach, die gegen die sozialdemokratische Partei, nicht aber gegen den Metallarbeiterverband polemisiert hätten. Mit dem kommunistischen Manifest habe der Verband als solcher gar nichts zu schaffen, politische und religiöse Fragen würden in ihm nicht erörtert. Als er dann auf die Verfolgung des vom ehrlichsten Streben für die Arbeiter beseelten Kaplans Cronenberg in Aachen in den siebziger Jahren einging, wurde ihm, unter Hinweis auf die abgelaufene Redezeit, das Wort entzogen.

Kollege Honrath fragte die christlichen Herren, weshalb sie nur den Arbeitern, nicht aber den Unternehmern die wirtschaftliche Organisation auf christlichem Boden predigten. Letztere bedürften doch, wie die Verhältnisse täglich zeigten, der christlichen Ermahnungen viel dringender als die Arbeiter. Dann nagelte er fest, daß eine durch starke Ausbeutung ihrer Arbeiter bekannte Firma zum Bau des katholischen Vereinshauses 300 M. gespendet habe. Die Verhegung der Arbeiter, wie sie im Laufe des Abends seitens der christlichen Redner erortert sei, wäre mit einem wirklich christlichen Standpunkte um so weniger vereinbar, als dadurch die Möglichkeit für die Arbeiter, Schritte zur Beseitigung der zahlreichen Mißstände in den hiesigen Fabriken zu thun, erschwert, wenn nicht gänzlich unmöglich gemacht würden.

Der folgende Redner, Kaplan Zilleßen, verteidigte die Spendung der vom Kollegen Honrath angeführten Firma, sprach dann über den sozialdemokratischen Parteitag in Hannover und machte zum Schluß stark in Antisemitismus.

Die von Kollege Honrath angeführte Firma ist, wie zum besseren Verständniß mitgetheilt sei, sozusagen Stammgast am Gewerbegericht; sie erzielte im verflossenen Geschäftsjahr trotz einer Ausgabe von 342,874,83 M. für Neubauten einen Reingewinn von 549,036,52 M. und zahlte, bei einem Vortrag von 165,988,48 M. auf neue Rechnung, ihrem Aufsichtsrath 130,001,44 M. Lantime, und ihren Aktionären 15 Proz. Dividende. Daß die Arbeiter an den Schweißböfen umfallen, ist nicht selten. Wie Vorstehendes zeigt, ist die fragliche Firma der Vertheidigung durch den Herrn Kaplan würdig und werth.

Pfarrer Driesen hielt die unsinnige Behauptung, für die Gewerkschaften gelte das kommunistische Manifest, aufrecht. Kaplan Cronenberg sei durch einen Juden ruiniert und durch Arbeiter zu Grunde gerichtet worden.

Wie der Herr Pfarrer ohne zu erröthen derartige Unrichtigkeiten behaupten kann, ist uns unerfindlich. Es steht geschichtlich fest, daß, als man den Kaplan Cronenberg vernichten wollte, man ihn zunächst aus

dem Lokal, in dem sein Verein tagte, dem von einer Baugesellschaft erbauten Paulushause, zu vertreiben suchte. Die Hubertuskongregation, die auf das Lokal eine Hypothek von 17,000 Thlr. gegeben hatte, kündigte dieselbe; als Kaplan Cronenberg, überall abgewiesen, sich schließlich wegen Deckung der Hypothek an Freiherrn v. Schorlemer-Ust wandte, wurde ihm Hilfe unter der Bedingung zugesagt, daß er das Versprechen abgebe, in Zukunft nie wieder einen Verein oder ein Blatt zu leiten. Das ist doch wohl deutlich! In der Zentrums-presse wie von der Kanzel wurde Kaplan Cronenberg, auch das steht unumstößlich fest, in derselben Weise beschimpft und verleumdet, wie heute die Sozialdemokratie. Diese Thatsachen sind durch alle Abbiegungsversuche nicht aus der Welt zu schaffen. Daß sie den christlichen Herren heute recht unbequem sind, ist erklärlich.

In der Versammlung kamen dann noch verschiedene Anhänger der freien Gewerkschaften zum Wort, die den christlichen Herren auch manch' bittere Wahrheit sagten. Unter Anderem wurde festgestellt, daß der allerchristlichste Unternehmer in Kalk seinen Arbeitern bei Strafe sofortiger Entlassung den Eintritt in die Gewerkschaft untersagt hat. Erheiternd wirkte es, als der Geistliche in seinem Schlußwort sagte: Der Eintritt der christlichen Arbeiter in die freien Gewerkschaften sei gleichbedeutend mit — und Kollege Honrath den geschickten Zwischenruf machte: Höheren Löhnen. Der Redner war dadurch völlig aus dem Konzept gekommen.

Daß derartige Auseinandersetzungen zwischen Arbeitern stattfinden müssen, ist gewiß sehr bedauerlich. Viel neue Anhänger dürfte die Versammlung, die theilweise einen stürmischen Charakter annahm, den Christlichen nicht gebracht haben. Die Regsamkeit der Christlichen sollte aber für die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes eine ernste Mahnung sein, mehr als bisher für die Ausbreitung des Verbandes, der in Rln und Umgebung im Hinblick auf die große Zahl der Metallarbeiter keineswegs auf der entsprechenden Höhe steht, thätig zu sein.

Die Metallarbeiter und die Zuchthausvorlage.

In der berichtigten Denkschrift zur berichtigten Zuchthausvorlage spielen auch, wie wir seiner Zeit an dieser Stelle darlegten (in Nr. 28), die Metallarbeiter eine unbegründete wichtige Rolle. Wir möchten nun noch in letzter Stunde vor der hoffentlich definitiven Ablehnung der Zuchthausvorlage an der Hand der Streikstatistik der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands zeigen, wie es mit der „Kriminalität“ der Metallarbeiter steht und inwiefern sie die Zuchthausvorlage nothwendig gemacht haben sollen.

Nach der erwähnten Statistik fanden im Jahre 1898 folgende Streiks in den verschiedenen Branchen der Metallindustrie statt:

Branchen	Zahl der					
	Streiks	Streikenden	Angriffsstreiks	Streikenden	Abwehrstreiks	Streikenden
Formen	18	294	10	169	8	125
Formstecher	1	12	—	—	1	12
Goldarbeiter	2	14	—	—	2	14
Graveure	2	22	—	—	2	22
Kupfer Schmiede	2	64	2	64	—	—
Metallarbeiter	69	2764	32	999	37	1747
Schmiede	1	193	1	193	—	—
Bergolder	2	210	—	—	—	—
Summa	97	3573	45	1425	50	1920

Die angeführten 8 Branchen partizipiren mit 10 Proz. an sämmtlichen (985) Streiks und mit 6 Proz. an der Gesamtzahl (60,162) der Streikenden. Da ca. 1 Million Personen in der Metall- und Maschinenindustrie beschäftigt, so beträgt die Zahl der streikenden Metallarbeiter 0,3573 Proz. der Gesamtzahl der Metallarbeiter, das heißt nicht einmal ein halbes Prozent!

Abgesehen von den 2 Streiks und den 210 Theilnehmern der Bergolderbranche, über die nichts mitgetheilt wird, ob sie dem Angriff oder der Abwehr dienten, vertheilten sich die übrigen mit 45 und 1425 Theilnehmern auf Angriffs- und mit 50 und 1920 Theilnehmern auf Abwehrstreiks. Die Zahl der Abwehrstreiks war demnach um 5 und die der Streikenden um 495 größer als diejenige der Angriffsstreiks. Die Letzteren hatten eine Gesamtdauer von 179 Wochen und kosteten 28,681 M. Die Abwehrstreiks eine solche von 148 Wochen 52,339 M. Kosten. Obwohl letztere eine kürzere Gesamtdauer hatten, so

kosteten sie in Folge der großen Theilnehmerzahl doch um rund 24,000 M., also fast das Doppelte mehr als die Angriffsstreiks.

Die Ursachen der Angriffsstreiks waren folgende Forderungen: Verkürzung der Arbeitszeit, Lohnerhöhung, Beseitigung mißliebiger Personen (in 3 Fällen), Durchführung der gesetzlichen Arbeiter-Schutzbestimmungen zc. 19 Angriffsstreiks hatten ganzen, 11 theilweisen Erfolg und 15 waren erfolglos. Von den Abwehrstreiks hatten 18 ganzen, 5 theilweisen und 27 gar keinen Erfolg. Von den Angriffsstreiks hatten 75 Prozent ganzen oder theilweisen und nur 25 Proz. keinen Erfolg, von den Abwehrstreiks dagegen waren nur 46 Prozent erfolgreich und 54 Proz. erfolglos. Und worin bestanden die Ursachen der Abwehrstreiks? In der Forderung der Unternehmer, daß die Arbeiter aus der Organisation austreten sollen (3 Fälle), in Maßregelung und Aussperrung der organisierten Arbeiter (9 Fälle), Verlängerung der Arbeitszeit (2 Fälle), Lohnreduktionen (21 Fälle), schlechte Behandlung der Arbeiter (5 Fälle), Einführung einer Fabrikordnung (2 Fälle) und „andere Ursachen“ (3 Fälle). In manchem Falle waren natürlich mehrere der angeführten Ursachen vereinigt. In allen Fällen handelte es sich um Entrechtung der Arbeiter oder Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse und diese von den Unternehmern in der bekanntesten frivolen und brutalen Art provozirten Streiks, die zahlreicher und viel umfassender wie kostspieliger waren als die Angriffsstreiks, verließen in ihrer Mehrzahl zu Ungunsten der Arbeiter und zu Gunsten der Unternehmer.

Unter Festhaltung der wichtigen Thatsache, daß die Mehrzahl der Streiks mit der großen Mehrzahl der Streikenden von den Unternehmern provoziert worden und außerdem auch noch ein Theil der Angriffsstreiks von ihnen veranlaßt ist, wollen wir nun an eine Betrachtung der „Kriminalität“ der Metallarbeiter gehen. Nur bei Formern und Metallarbeitern kamen Bestrafungen vor und zwar bei 7 von 87 Streiks oder gleich 8 Proz. Die Straffälle betragen 8 und die Zahl der bestraften Personen beträgt 11; dazu kommt noch der von der Denkschrift in unerhöhrter Weise fruktifizirte Prozeß wegen Landfriedensbruch gegen 26 Personen, deren schwere Bestrafung mit Zuchthaus und Gefängniß wohl eine drakonische Strenge der Gerichte gegen fehlbare Arbeiter, aber auch nicht das Mindeste für die Nothwendigkeit eines Zuchthausgesetzes beweist. Dabei ist daran zu erinnern, daß die Lorgelower Arbeiter durch den Wortbruch der Fabrikanten auf's Aeußerste gereizt und gegen die Streikbrecher, die es den Unternehmern ermöglichten, so zu handeln, sehr erbittert waren. Die Generalkommission behandelt mit Recht diesen Prozeß als einen Ausnahmefall, der außer den übrigen Fällen zu behandeln ist.

Von den erwähnten 11 Personen wurden 5 Metallarbeiter wegen Vergehen gegen den § 153 der Gewerbeordnung, 2 wegen „Schwerverletzung“ und „Drohung“, sowie weitere 2 wegen „Körperverletzung“, ferner 2 Formen wegen „Schwerverletzung“ (zusammen 4 wegen dieses Delikts) bestraft. Die 2 Formen wurden zusammen mit 6 Wochen Gefängniß und 50 M. Geldbußen belegt, die 9 Metallarbeiter mit 11 Monaten, 1 Woche und 1 Tag Gefängniß. Im Verhältniß zu der Gesamtzahl der 2746 streikenden Metallarbeiter wurden demnach nur 0,33 Proz. bestraft, oder wenn man die 26 Beurtheilten von Lorgelow dazu nimmt, rund 1/2 Proz.; die bestraften Formen machen nur 0,68 Proz. der Gesamtzahl der streikenden Formen aus. Nimmt man aber die 3573 Streikenden aller Branchen, wie sie in unserer Tabelle angeführt sind, so macht die Gesamtzahl der Bestraften mit 37 1 Proz. aus und dies dann trotz der Schärfe, des Eifers und der Rücksichtslosigkeit der Behörden in der Verfolgung der organisierten und kämpfenden Arbeiter und trotz des sehr in Blüthe stehenden kapitalistischen Denunziantenthums! Nun zeigt die allgemeine Kriminalstatistik des deutschen Reiches auf 1000 strafwürdige Personen 10,8 Bestrafte im Jahre 1896 und gar 12,48 Bestrafte im Jahre 1897. Die Kriminalität der in der Denkschrift mit so raffinirter Berechnung ausgespielten Metallarbeiter ist also 1/3 der allgemeinen Kriminalität! Und sie ist noch viel geringer als die allgemeine Kriminalität der Streikenden, die 3,7 Proz. im siebenjährigen Durchschnitt und 4 Proz. im Jahre 1897 betrug.

So wenig als im Allgemeinen die Zuchthausvorlage begründet und berechtigt ist, so wenig ist sie es insbesondere im Hinblick auf die Metallarbeiter. Die vorgekommenen Vergehen und Bestrafungen beweisen das Gegentheil von der behaupteten Nothwendigkeit der Zuchthausvorlage, nämlich daß, daß heute schon jedes Vergehen der Arbeiter mit schweren Strafen be-

legt werden kann und sie in der That mit schwereren Strafen belegt werden, als mit dem allgemeinen Rechtsbewußtsein des Volkes vereinbar ist.

Darum, nieder mit der Zuchthausvorlage!

Das Königreich Stumm.

Da der Reichstag wieder versammelt ist, wird man in der nächsten Zeit wieder öfters von den orakelhaften Weissagen und Offenbarungen des Königs Stumm heimgeführt werden und dürfte es daher unseren Lesern nicht unwillkommen sein, etwas Näheres über sein Königreich zu erfahren.

Herr v. Stumm steht an der Spitze der Firma Gebrüder Stumm in Neunkirchen, er ist ferner Präsident der Aktiengesellschaft der Dillinger Hüttenwerke und Haupteigentümer der Kommanditgesellschaft der Halbergerhütte.

Die Nationalliberalen und das Zuchthausgesetz.

Von einem Theile der nationalliberalen Reichstagsfraktion sind folgende Anträge zum Zuchthausgesetz beim Reichstag eingegangen:

Der Reichstag wolle beschließen:

I. An Stelle des § 1 des Entwurfs zu setzen:

Artikel I.

Zulässige Vereine jeder Art dürfen miteinander in Verbindung treten. Entgegenstehende Landesgesetzliche Bestimmungen sind aufgehoben.

Artikel II.

Die §§ 152 und 153 der Gewerbe-Ordnung erhalten folgende Fassung.

§ 152.

Alle Verbote und Strafbestimmungen gegen Gewerbetreibende, gewerbliche Gehilfen, Gesellen oder Fabrikarbeiter wegen Verunreinigungen, oder Verabredungen, die eine Einwirkung auf Arbeits- oder Lohnverhältnisse bezwecken, insbesondere mittelst Einstellung der Arbeit oder Entlassung der Arbeiter, werden aufgehoben.

Jedem Teilnehmer steht der Austritt von solchen Verabredungen oder Verabredungen frei und es findet aus letzteren weder Klage noch Einrede statt.

§ 153.

Wer durch körperlichen Zwang, Drohung, Scherbock, Verleumdung oder rechtswidrige Wegnahme, Vorenthalten oder Beschädigung von Arbeitsgeräth, Arbeitsmaterial, Arbeitszeugnissen oder Kleidungsstücken

- 1. Arbeitgeber oder Arbeitnehmer zur Teilnahme an Vereinigungen oder Verabredungen der im § 152 bezeichneten Art bestimmt oder zu bestimmen versucht oder von der Teilnahme an solchen Vereinigungen oder Verabredungen abhält oder abzuhalten versucht, zur Herbeiführung oder Förderung einer Arbeitsansperrung; Arbeitgeber zur Entlassung von Arbeitnehmern bestimmt oder zu bestimmen versucht oder an der Annahme oder Heranziehung solcher Hindernis oder zu hindern versucht, zur Herbeiführung oder Förderung eines Arbeitsausstandes Arbeitnehmer zur Niederlegung der Arbeit bestimmt oder zu bestimmen versucht oder an der Annahme oder Ausübung von Arbeit hindert oder zu hindern versucht, Personen, welche nicht oder nicht dauernd an einem Arbeitsausstand oder an einer Arbeitsansperrung theilgenommen haben, aus Anlaß dieser Nichttheilnahme aus dem Arbeitsverhältnis herauszudrängen oder sonst zu schädigen sucht, wird mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft.

Eine solche Drohung ist vorhanden, so ist auf Geldstrafe bis zu 20 M zu erkennen.

Eine Verleumdung oder Drohung liegt nicht vor, wenn der Täter eine Handlung vornimmt, zu der er berechtigt ist, insbesondere wenn er bejagterweise ein Arbeits- oder Dienstverhältnis abschließt, beendigt oder ändert, die Arbeit einstellt, eine Arbeitsentlassung oder Anspernung fortsetzt, oder wenn er die Vornahme einer solchen Handlung in Aussicht stellt.

Der Drohung wird es gleich geachtet, wenn Jemand in ungehöriger und belästigender Weise Arbeitgebern oder Arbeitnehmern auf Straßen und Wegen, oder Wohnungen, Arbeitsstätten, Wege, Straßen, Plätze, Bahnhöfe, Wasserstraßen, Hafen- oder sonstige Verkehrsanlagen oder den Zugang zu denselben bewacht oder besetzt hält. Straffrei ist das Warten oder der Aufenthalt an diesen Vertheilungen oder in deren Nähe lediglich zu dem Zwecke, Nachrichten oder Auskünfte zu geben oder einzuziehen.

II. Die §§ 2 bis 11 des Entwurfs zu streichen.

Berlin, den 16. November 1899.

Hilfing, Möller (Duisburg), Dr. Sattler, Holz, Deppen, Dr. Endemann, Dr. Esche, Dr. Hasse, Dr. Heiligenstadt, Hilke, Fische, Horn, Hofang, Kahle, v. Kaufmann, Kettner, Kraemer, Dr. Lehr, Dr. Paasche, Rimpau, Schulze-Steinen, Tönnies, Uhlemann, Wamhoff.

Mit Ausnahme des Zuchthausparagraphe enthalten diese Anträge Alles, was die Regierung auch fordert. Die Anträge laufen also lediglich auf eine Täuschung hinaus, doch werden die Kaufschulkonflikte damit kein Glück haben. Kein ehrlicher Politiker kann einer Verschärfung der jetzigen Strafbestimmungen zustimmen, es gilt vielmehr, das Koalitionsrecht zu sichern. Daher muß auch der nationalliberale Wechselbalg sammt der Regierungsvorlage in der Versenkung verschwinden.

Bericht über meine Agitationstour in Schleswig-Holstein.

Die Kleinerverammlung in Flensburg war gut besucht. Die dortigen Kleinverner sind Alle bis auf einige dem Gewerbeverein angehörende, im Metallarbeiterverband. Dem Orange der Verhältnisse folgend, haben die Kollegen eine Sektion gebildet, da sie glauben, in derselben ihre Interessen besser wahren zu können. So sehr man sich auch sonst gegen die Sektionsbildungen wenden mag, so ist dieser Fall erklärlich, wenn man die mangelhafte Organisation unter den anderen Metallarbeitern in Betracht zieht und das geringe Verständnis, das den gutorganisirten Kleinverner von denselben entgegengebracht wird.

Die erste öffentliche Versammlung in Flensburg war so besucht, daß sie nicht stattfinden konnte. Bemerkenswerth ist, daß leitende Persönlichkeiten anderer auch auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehender Organisationen eine Art Gegenorganisation gegen die vom Metallarbeiterverband einberufene öffentliche Versammlung inszenierten, weil sie, wie mitgeteilt wurde, annahmen, daß in der betreffenden Versammlung der Versuch gemacht werden könnte, ihnen Mitglieder abtrünnig zu machen.

Die Arbeiter auf der Werft der Flensburger Schiffbau-Gesellschaft hätten vor Allem Ursache mit Hilfe der Organisation dahin zu wirken, daß die größten Mängel auf der Werft abgeklärt würden. Von Jahr zu Jahr sind die Dividenden der Schiffbau-Gesellschaft gestiegen und Abschreibungen und Reuanfassungen gemacht, Gratifikationen und Lantieren an Beamte und Aufsichtsräte vertheilt worden, aber für die Arbeiter blieb nicht so viel übrig, um ihnen auch nur die notwendigste Wohlgelegenheit zu verschaffen. Man höre und staune: auf der ganzen Werft kein Waschgefäß! Berußt und beschämt strömen die Arbeiter Mittags heraus und ebenso gehen sie wieder hinein. Trotzdem es in § 120b der Gewerbeordnung heißt: „In Anlagen, deren Betrieb es mit sich bringt, daß die Arbeiter sich waschen und nach der Arbeit sich reinigen, müssen anreichende, nach Geschlechtern getrennte Ankleide- und Waschräume vorhanden sein“ — ist auf der Werft der Flensburger Schiffbau-Gesellschaft keines von Beidem vorhanden. Trotzdem es in § 120d heißt: „Die zuständigen Polizeibehörden sind befugt, im Wege der Verfügung für einzelne Anlagen die Ausführung derjenigen Maßnahmen anzuordnen, welche zur Durchführung der in den §§ 120a bis 120d enthaltenen Grundzüge erforderlich sind nach Beschaffenheit der Anlage ausführbar erscheinen“ — scheint die Polizeibehörde von dieser Befugnis nichts zu wissen oder nicht wissen zu wollen; oder nimmt sie an, die Flensburger Arbeiter seien wasserfest und unklebefaul und gehen deswegen schmierig und in Arbeitskleidung zu Hause?

Auch der Gewerbeaufsichtsbeamte scheint beim Inspizieren des Betriebes das Fehlen der Wasch- und Umkleegelegenheit nicht bemerkt zu haben, denn sonst müßte er dafür eingetreten sein, daß diesen Mängeln abgeholfen wird. Anstatt nun in solche Versammlungen hinzukommen, wo derartige Dinge in die Öffentlichkeit gebracht werden, wandeln die Arbeiter den Weg des Bittens und Bittels. Anstatt von der Direktion das, was ihnen zukommt, zu verlangen, reichen sie laienmäßig Gesuche ein. Allen voran die Mitglieder des „Arbeiterbundes“, die sich im Kampfriesen und Schwanzwenzeln nicht genug thun können. In der nächstfolgenden öffentlichen Versammlung, die durch ungewöhnliches Ausjettelvertheilen und alle mögliche Agitation zu Stande kam, hatten wir Gelegenheit, ein von dem farblosen „Arbeiterbund“ angefertigtes Mustergeuch zu sehen und zu besprechen und ich möchte es allen Denjenigen, die nicht den Rath haben, zu verlangen, als unangenehm empfohlen. Es lautet:

„An die wohlwollende Direktion der Schiffbau-Gesellschaft.“

Die ehrenbürtig Unterzeichneten gestatten sich zunächst, ihren herzlichsten Dank auszusprechen für die Erbauung des für die Arbeiter bestimmten Erholungshauses zur Gewinnahme des Frühlings und Mittagmahles für entfernter Wohnende, wodurch diesen ein großer Dienst erwiesen ist. In diesen Dank gestatten sie sich die Bitte zu fügen, bei Erweiterung

der Schiffswerft noch einige weitere Wohlfahrtseinrichtungen zu treffen, wie solche auch anderorts geschaffen worden sind.

Die Bitten und Wünsche der Arbeiter erstrecken sich hauptsächlich auf folgende, in den veränderten Verhältnissen begründete Punkte, welche, wie uns scheint, berechtigten Bedürfnissen der Arbeiter abhelfen würden:

- 1) Die Anlage eines Volksbades (Brausebades) für die Arbeiter der Werft, damit dieselben sich vor ihrem Heimzuge von Schmutz, Ruß und Kohlenstaub säubern und reinigen könnten.
2) Die Herstellung einer regelmäßigen Wasserbindung durch Motorboote von der Stadt nach der Schiffswerft, damit entfernt wohnenden Arbeitern der Weg gekürzt würde. Müßen doch einige, die auf der Schleswiger Chaussee oder in den Hohlwegen wohnen, zweimal täglich einen Weg von 1/4 bis 1 Stunde zurücklegen, bis sie an ihre Arbeitsstätte kommen.
3) Eine durch weitere Herausverlegung der Werft wünschenswerth gemordene Verlängerung der Mittagspause von 1 auf 1 1/2 Stunden.
4) Die Ermöglichung eines billigeren Haushaltungskohlenbezuges für den Winter durch Engroßeinkauf und Anlegung eines Kohlendepots für Arbeiter durch die Schiffswerft, wo die Kohlen den Arbeitern zu Einkaufspreisen verabfolgt würden, wie daselbst z. B. auf der Palmkernfabrik von Serog geschieht. Dadurch würden die Arbeiter davor bewahrt bleiben, bei Markt und Detaileinkäufen hohe Preise zahlen zu müssen.
5) Beitritt der Schiffbau-Gesellschaft entweder mit bestimmten Prozentätzen oder mit einer bestimmten Summe zu einer bestehenden Baugenossenschaft, etwa der des „Arbeiterbundes“, welche für den eventuellen Beitritt eine dem zugehörigen Kapital entsprechende Anzahl Wohnungen zur Verfügung stellen würde, so daß die Arbeiter sich eines eigenen Heims erfreuen und ihre Erholung nicht in Wirthschaften zu suchen brauchen, was zur Folge hätte, daß die Werft einen festen Stamm solider und seßhafter Arbeiter sich heranzöge. Die Bestrebungen der genannten Genossenschaft sind aus den angelegten Sätzen ersichtlich.

Durch Gewährung vorstehender Wünsche und Bitten würde die wohlwollende Direktion der Schiffswerft ihre Arbeiter zu großem Danke verpflichten.

Die Direktion der Schiffbau-Gesellschaft kann wirklich stolz sein auf die Prahtkerle, die dieses Machwerk fabrizirt haben und auf diejenigen, die damit einverstanden sind. Diese ekelhafte Vettelerei ist jedes Arbeiters unwürdig, ebenso wie der Dank für das sogen. „Erholungshaus“. Dieses „Erholungshaus“ besteht in einem Haus, in dessen Räumen die Arbeiter ihr Mittagessen einnehmen können. Da nun aber keine Wohlgelegenheit vorhanden ist, müssen sie es auch in diesem „Erholungshaus“ dreckig und schmierig einnehmen, so daß dieses „Erholungshaus“ sich bald nicht viel von den Werkstätten unterscheiden wird. Was die Bitten im Punkt 4 und 5 dieses Mustergeuches betrifft, so ersieht man hieraus, daß durch ein Folgeleisten dieser Bitten die Arbeiter sich erst recht dem Kapital ausgeliefert hätten. Anstatt höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit und mehr Freiheit, verlangen die Arbeiter billige Steinkohlen und Arbeiterwohnungen, damit sie sich eines „eigenen Heims“ erfreuen und ihre Erholung nicht in Wirthschaften zu suchen brauchen, um der Werft einen Stamm solider, seßhafter Arbeiter zu erzielen, d. h. mehr Sklavenketten für den Arbeiter schmieden und ihn mehr als bisher auszunutzen und mehr als bisher dessen Widerstandsfähigkeit zu vernichten! Hoffentlich ist die Mehrzahl der auf der Werft beschäftigten Arbeiter mit diesem Vettelgeuch nicht einverstanden und sie beschreiten einen anderen Weg, das zu erreichen, was ihnen zusteht.

Carl Massatsch.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

In Gemäßheit des § Abs. 3 des Verbandsstatuts hat der Vorstand der Verwaltungsstelle Nürnberg, Sekt. der Flaschner, die Genehmigung zur Erhebung von Extrabeiträgen für eine örtliche Kasse zur Beihilfe bei Sterbefällen mit der Maßgabe ertheilt, daß der für diesen Zweck zu erhebende Extrabeitrag 3 - 3 pro Woche beträgt.

Bezüglich der in diesem Jahre zu Ende gehenden Mitgliedsbücher eruchen wir die Verwaltungen und Bevollmächtigten, uns bei Zeiten die Hauptnummern dieser Bücher, die genauen Personalien (Beruf, Vor- und Nachname, Ort, Tag und Jahr der Geburt) und den Tag und Ort des Eintritts der Inhaber mitzutheilen, damit wir ihnen rechtzeitig, auf alle Fälle noch vor Schluß dieses Jahres die Ersatz- (zweiten) Bücher zusenden können. Die Ausfertigung der zweiten Bücher ist Sache der Ortsverwaltungen und bei derselben darauf zu achten, daß alle im alten Buch enthaltenen Eintragungen auch in das neue übertragen werden.

Der Schlosser Josef Goltay, geb. zu ? in Steiermark am 17. November 1870, B. Nr. 292 617, ist mit ca. 70 M. dem Erlöse für Protokolle, Listengelber und Arbeitersonnereisparten von München heimlich verschwunden und wird daher an dieser Stelle auf ihn aufmerksam gemacht, um ihn im Betretungsfalle zur Rückzahlung zu veranlassen oder ihn dingfest machen zu lassen.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an

Theodor Werner, Stuttgart, Neckarstraße 160/1, zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

Korrespondenzen.

Formen.

Cöthen. Zuzug von Formern ist von der Firma Paschen fernzuhalten wegen Aussperrung. Bericht folgt.

Unterwalde. Bei der Firma C. Herzog & Co., Bronzemaasfabrik, wurden am 17. November zwei Formner, angeblich wegen Mangel an Arbeit entlassen. Es handelt sich aber hier jedenfalls um eine Maßregelung, da der Gießmeister bereits am selben Tage einen anderen Formner einstellen wollte. Letzterer hat es jedoch vorgezogen, die Arbeit vorläufig nicht anzunehmen, bis sich die Sache aufgeklärt hat. Die Kollegen werden ersucht, die Werkstatt bis auf Weiteres ebenfalls zu meiden. — Ferner sind bei der Firma Rudolf Erselius, Maschinenfabrik, in letzter Zeit Dinge vorgekommen, die ebenfalls zu Differenzen führen können, und werden die Kollegen deshalb ersucht, ehe sie bei der Firma Arbeit nehmen, sich bei der Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes oder des Formnerverbandes zu erkundigen.

Klempner.

Braunschweig. Die Sektion der Klempner hielt am 28. Oktober ihre regelmäßige Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshause zur „Börse“ ab. Der Kassierer erstattete den Kassenbericht. Es war die Einnahme 261,95 M, Ausgabe 192,01 M, bleibt Bestand 69,94 M. Dem Kassierer wurde hierauf Entlastung erteilt. Der Delegierte der Agitationskommission machte bekannt, daß die Kommission in nächster Zeit eine öffentliche Klempnerversammlung einberufen werde, um Stellung zu nehmen wegen der Lohnfrage und etwaiger Mißstände im Bauklempnergewerbe. Sodann wurde zur Sprache gebracht, daß der Klempnermeister Warendorf, wohnhaft Schubertstraße, die Klempnerarbeiten am Gewerkschaftshause ausführt. Hierüber entspann sich eine lange Debatte. Sämtliche Redner bedauerten, daß die Arbeiten dem Warendorf übertragen seien. Derselbe sei unter den hiesigen Klempnermeistern als Preisdrücker bekannt, indem er sich pro Stunde bloß 30 M anrechne, wohingegen Andere pro Mann 50 M anrechneten. Wie könne er da den Minimallohn von 18 M bezahlen? Die Versammlung betonte, sie stehe auf dem Standpunkt, es müsse darüber gewacht werden, daß die Meister, die die Arbeiten am Gewerkschaftshause ausführen, auch verpflichtet würden, den von ihnen beschäftigten Gesellen, Arbeitern u. s. w. einen von der Gewerkschaft festgesetzten Lohn zu bezahlen. Die Versammlung nahm einstimmig folgende Resolution an: „Die Versammlung der Klempner beauftragt die Ortsverwaltung, unverzüglich beim Aufsichtsrath vorstellig zu werden und zu beantragen, daß dem Klempnermeister Warendorf die Arbeit sofort entzogen wird, bis die Angelegenheit im Aufsichtsrath zur Zufriedenheit der Klempner erledigt ist.“ Der Vorsitzende ersuchte die Kollegen sodann, zur öffentlichen Versammlung zahlreich zu erscheinen und eine rührige Agitation zu entfalten, damit auch die uns noch fernstehenden Kollegen in den Deutschen Metallarbeiter-Verband eintreten. Die Organisation ist dazu da, um Bildung und Wissen zu verbreiten.“ Die Angelegenheit ist bereits zur Zufriedenheit der Sektion der Klempner erledigt. — Unsere Herberge und Verkehrslokal befindet sich seit dem 1. Oktober im „Gewerkschaftshause“, Werder 32, und ersuchen wir, die reisenden Kollegen nur dort zu verkehren. Reisegeldauszahlung und Arbeitsnachweis Abends von 8—9 Uhr, Sonntags von 11—12 Uhr. Die Adresse des Bevollmächtigten ist: Heinrich Kuhl, Kupferbergstr. 26; des Kassiers: Hermann Sievers, Friedrichstraße 40.

Braunschweig. In der am Sonntagabend, 11. Novbr. tagenden öffentlichen Klempnerversammlung hielt Kollege Kolstein ein Referat über die Verhältnisse der Klempner am Ort gegenüber denen von anderen Städten. Der Referent führte unter Anderem aus, daß sämtliche Bauhandwerker Braunschweigs ihre Lage durch Lohnerhöhungen und geregelte Arbeitszeit verbessert haben, nur die Bauklempner seien seit 1890 eher zurück wie weiter geschritten, und verlangte, daß dieselben wenigstens den übrigen Baugewerkschaften im Lohne gleichgestellt werden. Redner forderte sämtliche Anwesenden auf, dafür zu agitieren, das wir nächstes Frühjahr durch eine gute Organisation den Herrn Meistern unsere Forderungen vorlegen können. In der darauffolgenden Diskussion sprachen sich sämtliche Kollegen im Sinne des Referenten aus und brachten auch verschiedene Mißstände zur Sprache, so die Ventilation, die Wascheinrichtungen, Heizung, Fußböden und dergleichen mehr. Ein Mitglied der Agitationskommission forderte die Kollegen auf, die Mißstände in den Werkstätten schonungslos in den statistischen Fragebogen aufzudecken. Hiernach wurde folgende Resolution nach kurzer Debatte einstimmig angenommen: „Sämtliche Anwesende verpflichten sich, heute Abend dem Deutschen Metallarbeiter-Verband beizutreten und kräftig für denselben zu agitieren.“ Es ließen sich 8 Kollegen aufnehmen.

Bremen. Die Situation der Lohnbewegung der Kupferschmiede und Klempner der Aktiengesellschaft Weser hat sich im Allgemeinen nicht verändert. Auf der Werkstätte sieht es jetzt ganz sonderbar aus, die Arbeiter müssen im Dunkeln arbeiten, weil die Lampen nicht zu gebrauchen sind, wenn die Arbeiter diese nicht selbst in Ordnung halten. Und erst die Arbeit selbst. Wie ist es z. B. möglich, daß Dampfrohrleitungen von Lehrjungen ausgeführt werden dürfen? Was den alten 72-jährigen Kupferschmied anbelangt, so ist derselbe nicht im Stande, die Arbeiten, die jetzt von ihm verlangt werden, auszuführen; der beste Beweis ist wohl, daß derselbe während der Arbeit schon verschiedene Male flau geworden ist. Die Dividende der Aktionäre wird hinaufzuschrauben versucht, kommt aber der Arbeiter und verlangt eine winzige Lohnerhöhung, um seine dürftige Lebenslage besser zu gestalten, so läßt man ihn auf's Straßenpflaster mahdern. Erwähnenswert ist die Art und Weise, wie die Direktion es versucht, die Forderung der Streikenden zu vereiteln. Alle Arbeiter, die Jahre lang als Arbeitsleute beschäftigt wurden, werden herangezogen um die Arbeiten der Streikenden auszuführen. Dieselben haben aber Alle dieses Ansuchen energisch zurückgewiesen und sind deshalb schon mehrere entlassen worden. Ganze Kolonnen von Arbeitern können ihre Arbeiten, die zum Theil auch in Akford gemacht werden, nicht beenden und erleiden dadurch in ihrer Einnahme vorläufig eine wesentliche Einbuße, denn laut Statut

kommt der Akford-Ueberschuß erst nach Beendigung des Akfordes zur Auszahlung. Ist nun ein Arbeiter aus irgend einem Grunde das Arbeitsverhältnis, so geht sehr oft das Anrecht auf diesen Ueberschuß verloren. Es ist schon vorgekommen, daß Arbeiter, die 300—400 Stunden in Akford gearbeitet hatten, plötzlich, ohne denselben beendet zu haben, entlassen wurden. Ein Schlossermeister Sch. leistet hierin Außerordentliches; sobald der Arbeiter nicht parirt, wird er an die frische Luft befördert. Sollte nochmal ein Portierposten auf der hiesigen Werkstätte vacant werden, so wäre für dieses Muster von Meister kein besserer Platz vorhanden. Wir empfehlen ihm „Anliges Umgang mit Menschen.“ Die Direktion der Aktiengesellschaft Weser ist während des Streiks in den Verein deutscher Kupferschmiede eingetreten. Sie hat auch gleich Gelegenheit genommen, bei den Schiffswerften der Unterweserorte zu ersuchen, keine streikenden Kupferschmiede oder Klempner von hier in Arbeit zu nehmen. Also auf Jahre hinaus sollen die Arbeiter, die um ihren kargen Lohn kämpfen, brodblos gemacht werden. Auf der einen Seite 8 Prozent Dividende für die nimmermatten Unternehmer, auf der anderen Seite Hungerlöhne für die Arbeiter. Die Arbeiter der Aktiengesellschaft Weser werden dafür sorgen, daß kein Kupferschmied oder Klempner unter diesen Umständen hier arbeitet, bis die Forderungen der Streikenden voll bewilligt sind. Der Kampf ist ein harter, aber die Streikenden haben auch keinen Anlaß, dank der guten Unterstützung die denselben von allen Seiten der Arbeiter zu Theil wird, von ihren Forderungen abzuweichen. An Euch, Kollegen, richten wir die Bitte, den Zuzug von Kupferschmiedern und Klempnern nach hier fern zu halten. Im Streik befinden sich 13 Kupferschmiede, 3 Klempner und 4 Arbeitsleute mit zusammen 28 Kindern.

Düsseldorf. Bei Wortmann und Ebers legten die Arbeiter der Stanzerlei, Planirer u. s. w. die Arbeit nieder. Die Firma hat die Vereinbarung, wonach den Planirern der bisher erzielte Lohn garantiert wurde, nicht gehalten. In den letzten 14 Tagen wurde zum ersten Mal nach dem neuen Tarif gearbeitet, die Leute erhielten aber nur das Ausbezahlt, was sie auf Grund des neuen Tarifs verdient hätten. Der Meister Weh hatte nämlich Herrn Dr. Ebers vordemonstrirt, daß man auch zu dem neuen Tarif sein Geld verdienen könne. Der Herr hat sich einige Stunden der Mühe unterzogen, an einer neuen besseren Bank mit einer besseren Sorte Blech zu dem neuen Tarif zu arbeiten und Herr Dr. Ebers hat sich mit der goldenen Uhr in der Hand dabei geteilt und sich überzeugt, daß man auch nach dem neuen Tarif zu seinem Gelde komme. Die Planirer verzichteten aber darauf, die Schuterei, welche Herr Weh einige Stunden fertig gebracht hat, das ganze Jahr hindurch fortzuführen. Wir betonen übrigens noch einmal, daß Herr Dr. Ebers vor sechs Wochen den Vertretern der beiden in Betracht kommenden Organisationen, den Kollegen Gotthufen vom Metallarbeiter-Verband und Herrn Biegler vom S.-D.-V. sein Wort gab, er garantiere den Leuten, den innerhalb der letzten 6 Monate erzielten Durchschnittsverdienst. Also . . . ! Eine sonderbare Rolle spielt bei dieser Angelegenheit wieder einmal die Polizei, indem sie das Streikpostenstehen verbietet. Sie hat einen Streikposten arretrirt und Jeder, der sich in die Nähe der Fabrik sehen läßt, wird fortgejagt. Nun ist der Polizei ein sonderbares Malheur passiert, der dort postierte Schutemann hat nämlich einen Arbeitswilligen, der bei W. u. E. um Arbeit nachfragen wollte, auch fortgeschickt. Also einen Arbeitswilligen an freiwilliger Arbeit gehindert. Der Mann ist Planirer und am Dienstag hier zugereist. Wir sind bereit, den Namen des Mannes zu nennen, derselbe befindet sich noch in Düsseldorf. Ueber die Behandlung des arretrirten Streikposten ein andermal. — Zuzug fernzuhalten.

Söln-Chrenfeld. Am 17. November legten in der Aktiengesellschaft für Gas- und Elektrisch-Lichtanlagen Ritter & Co. 9 Klempner die Arbeit nieder. Der Grund dazu ist die wiederholte Reduzierung der Akfordlöhne der Klempner. Vor Kurzem wurde wieder von den Akfordjägern abgezogen und zwar so viel, daß nicht einmal ein auf diesen Artikel eingearbeiteter Klempner etwas verdienen konnte. Die Arbeiter waren deshalb bei dem Meister schon verschiedene Male vorstellig, aber dieser legte die demartige Gebahren an den Tag, daß überhaupt nichts mit ihm zu machen war; er erklärte rundweg: „Wenn Ihr es nicht dafür macht, ich kann genug Leute kriegen, die es dafür machen.“ Damit meint er, daß er genug Leute aus Dessau herüber ziehen könnte, denn bis jetzt sind leider genug Kollegen aus Dessau auf die Leim gegangen. Der betr. Meister ist auch Mitglied des Hirsch-Dunker'schen Gewerksvereins und ebenfalls aus Dessau herübergekommen. Als am 17. November Morgens die Klempner ihre Akfordzettel einreichten, wurden sie wieder bei dem Meister vorstellig und erklärten, für den Preis nicht arbeiten zu können. Es gingen verschiedene Klempner einzeln auf's Bureau des Meisters, um mit ihm zu unterhandeln, u. A. auch ein Kollege, der im Christlichen Arbeiterverein organisiert ist, die übrigen 8 gehören dem Deutschen Metallarbeiter-Verband an. Als derselbe sich mit dem Meister auseinandersetzte, erklärte ihm dieser einfach, er könnte aufhören. Der Meister hatte dabei aber nicht an das Solidaritätsgefühl der übrigen Klempner gedacht; als dies die anderen 8 Klempner hörten, legten sie einmütig die Arbeit nieder und verließen zusammen die Fabrik. Mittags wurden sie beim Direktor der Fabrik vorstellig, derselbe berieth unter Anwesenheit des Meisters ca. eine Stunde mit den Klempnern. Das Resultat war, daß sämtliche Forderungen bewilligt wurden, die alten Preise wurden wieder zuerkannt und die Klempner erklärten nun, die Arbeit wieder aufnehmen zu wollen, wenn der gemäßregelte Kollege sofort wieder eingestellt würde, was auch zugestimmt wurde. Wir ersuchen den Zuzug noch streng fernzuhalten.

Mechaniker.

Sattlingen. Wiederholt sehen wir uns beanlagt, das Verhalten des Meisters Fenske bei der A.-G. für Feinmechanik zu rügen. Schon früher haben wir auf seine schlechte Behandlung der jugendlichen Arbeiter hingewiesen, und jedenfalls mit Recht, denn Fenske selbst sagte zu einem solchen: „Ich darf Dich nicht mehr so schlecht behandeln, sonst komme ich in die Zeitung.“ Ganz anders ist es aber, wenn der Fabrikinspektor sich nach mütterlichen Vorformnissen erkundigt. Dann sagt Herr Fenske: „Rein, so was ist nicht vorgekommen,“ die Direktion sagt dasselbe und die Sache ist erledigt. Und hoch kann bewiesen werden, daß

Meister Fenske einen Jungen, als derselbe die gefällig vor geschriebene halbständige Pause machen wollte, mit Ohrfeigen und den Worten: „Immer schaffen, immer schaffen“, an die Arbeit trieb. Ein anderer, auch schon gerügter wunder Punkt, ist das Agentenwesen. Buchhalter, Meister und Komptoirleute machen Geschäfte in Lebens-, Unfall-, Kinderversicherungen und Fahrkräften. Daß hierbei auf die Arbeiter direkt und indirekt Zwang ausgeübt wird, beweist, daß solche Arbeiter zu anderen Agenten oft sagen: „Würde mich bei Ihnen gerne aufnehmen lassen, aber ich kann nicht, wegen Dem und Jenem.“ Auch gegen die Gewerbeordnung wird verstoßen, denn es ist schon vorgekommen, daß dem Lohnbuch die Versicherungspolice beigelegt und der Betrag hierfür vom Lohn abgezogen wurde. Sonst ist noch zu berichten, daß im genannten Geschäft der Abzugsteufler wieder umgeht. Nach alter Praxis wird bei jungen Arbeitern angefangen. Kommt Einer zum Reklamieren, dann heißt's: „Sie sind bloß von den Anderen verhebt, machen Sie getrost die Arbeit, Sie kommen gut dabei heraus.“ Der junge Arbeiter geht und macht die Arbeit und der Abzug ist perfekt. Angefichts solcher Thatsachen können wir den Kollegen nur zurufen: „Einen in die Organisation, besucht fleißig unsere Versammlungen und werdet tüchtige, erprobte Kämpfer, deren Forderungen wie Lohnstarif usw. nicht mehr mit Maßregelungen beantwortet werden können.“ An die Direktion möchten wir noch die Frage richten: „Wie steht es mit dem versprochenen Arbeiterauschuß? Derselbe hätte ein sehr großes Arbeitsfeld vor sich.“

Metall-Arbeiter.

Im Namen Seiner Majestät des Königs von Bayern erkennt das Schöffengericht am 1. Amtsgerichte Nürnberg in der Privatklagesache Auerbach, Robert, gegen Echem, Johann Gottlieb, wegen Beleidigung, in seiner öffentlichen Sitzung vom 6. September 1899 in Gegenwart 1) des Hgl. Amtsrichters Jagen, 2) der Schöffen a) Rosenhal Heinrich, b) Rosenfeld Jaak, 3) des Gerichtsschreibers Küspert, nach gepflogener Hauptverhandlung wie folgt: 1) Echem, Johann Gottlieb, geb. 25. April 1851, freireligiös, verheiratet, Redakteur, hier, ist schuldig eines Vergehens der Beleidigung und wird hievon zur Geldstrafe von 40 M, welche für den Fall der Uneinbringlichkeit in eine Gefängnisstrafe von 8 Tagen umgewandelt wird, sowie zur Tragung der Kosten des Verfahrens, einschließlich der dem Privatkläger etwa erforderlichen notwendigen Auslagen und jener der Strafvollstreckung verurtheilt. 2) Dem Beleidigten, Robert Auerbach, wird die Befugniß zugesprochen, den erkennenden Theil des Urtheils binnen 14 Tagen nach eingetretener Rechtskraft und Zustellung des Urtheils durch einmaliges Einreichen in die Deutsche Metallarbeiter-Zeitung auf Kosten des Verurtheilten öffentlich bekannt zu machen. Vorstehendes Urtheil gebe ich hienit als Vertreter des Fabrikbesizers Robert Auerbach in Saalfeld bekannt. L. Frankenburg, Rechtsanwalt.

Barmen. Die Lohnbewegung der Arbeiter der Dampfkeffelabrik Siller u. Jamart, Barmen, ist beendet. Am Mittwoch, 8. November traten dieselben in den Streik und wurde derselbe nach 14-tägiger Dauer durch beiderseitige Vereinbarungen, die schriftlich niedergelegt sind, beendet. Die Lohnbewegung hat unter den gesammten Metallarbeitern Barmens das regste Interesse hervorgerufen; zwei stark besuchte öffentliche Versammlungen fanden statt, die sich damit beschäftigten. Die Mitgliederzahl der hiesigen Ortsverwaltung steigt ständig, momentan beträgt sie circa 500, und hoffen wir, daß diese Steigerung auch weiter anhält, da es unbedingt nothwendig ist, um einmal den Mißständen in der hiesigen Fabriken entgegen treten zu können.

Berlin. Am Sonntag, den 12. November fand im Feenpalast die Generalversammlung für das Vierteljahr Juli-September statt. Der Vorstand Pehold erstattete den Kassenbericht, aus dem Folgendes hervorzuhellen ist: Ende Juni war ein Bestand von 98.796,22 M vorhanden. Im Juli wurden eingenommen 12.770,05 M, ausgegeben 17.959,97 M. Im August betrugen die Einnahmen 14.043,65 M, die Ausgaben 8182,97 M. Im September sind eingenommen 21.528,40 M, ausgegeben 13.371,10 M. Am Schluß des Vierteljahres war ein Bestand von 107.124,28 M vorhanden. Die Zahl der Mitglieder, die ihre Beiträge regelmäßig entrichtet haben, beträgt 15800. Es ist also, wie Pehold hervorhob, in Folge der Erhöhung des Beitrages auf 30 M ein Rückgang in der Mitgliederzahl nicht eingetreten. Ferner rief der Redner nach, daß die Befürchtung, nach dem neuen Abrechnungsmodus mit der Hauptkasse würde der örtliche Antheil nicht mehr ausreichen, unbegründet sei. — Auf Antrag des Revisors Freythal wurde dem Vorstand Decharge erteilt. Hierauf kam der zweite Punkt der Tagesordnung: Anträge auf Aenderung des Ortsstatutes, zur Verhandlung. Dazu führte Rätber aus, es hätten sich bei Gelegenheit der letzten Lohnbewegungen verschiedene Mängel und Lücken bemerkbar gemacht, die beseitigt werden müßten. Redner empfahl deshalb, dem § 2 folgende Fassung zu geben: „Bei Streiks oder Maßregelungen wird den dabei beteiligten Verbandsmitgliedern, sofern sie mindestens 26 Wochen dem Verbands angehören und für diese Zeit ihre Beiträge entrichtet haben, eine wöchentliche Unterstützung von 15 M für männliche und 9 M für weibliche gewährt. Die verheiratheten Mitglieder erhalten außerdem für jedes Kind unter 14 Jahren 1 M extra pro Woche. Mitglieder, die dem Verband über 13, aber noch nicht 26 Wochen angehören, und ihre Beiträge entrichtet haben, erhalten eine wöchentliche Unterstützung von 12 M, Mitglieder, die dem Verband über 2 Wochen bis 13 Wochen angehören, erhalten pro Woche 10,50 M Unterstützung. Mitglieder, die dem Verband erst 2 Wochen oder noch kürzere Zeit angehören, erhalten eine Unterstützung von 9 M pro Woche. Nichtvollberechtigte weibliche Mitglieder erhalten pro Woche 6 M Unterstützung.“ — Nach dem bisherigen Statut erhielten männliche, dem Verband wenigstens 26 Wochen angehörnde Mitglieder 14 M, desgleichen weibliche 8 M und Verheirathete für jedes Kind unter 14 Jahren 1 M extra. Nichtvollberechtigte Mitglieder erhielten, wenn verheirathet 12 M, wenn unverheirathet 10 M pro Woche.

Dem 2. Absatz des § 3 soll nach dem Antrage Rätber folgende Fassung gegeben werden: „Diejenigen Mitglieder, die dem Verband mindestens 26 Wochen angehören und für diese Zeit ihre Beiträge entrichtet haben, und auf Grund ihrer agitatorischen Thätigkeit für den Verband und ihres sonstigen von der Organisation gewünschten Verhaltens gemäßregelt werden, erhalten 15 M wöchentlich so lange, bis sie in Arbeit getreten sind. Die verheiratheten Mitglieder

erhalten außerdem für jedes Kind unter 14 Jahren 1 Mk extra pro Woche. — Ueber die Höhe der Unterstützung gemäßigter nicht vollberechtigter Mitglieder bestimmt die Ortsverwaltung. — Nach den jeweilig obwaltenden Verhältnissen können die unter §§ 2 und 3 angeführten Unterstützungssätze von einer beschließenden Versammlung jederzeit erhöht oder herabgesetzt werden. Ein klager Anspruch steht den Mitgliedern nicht zu. — Nach dem bisherigen Statut wird den für ihre Verbandstätigkeit Gemäßigten ebenfalls eine Unterstützung von 15 Mk und 1 Mk für jedes Kind zugesprochen, nur wird dieser Satz nicht von der 26 wöchentlichen Mitgliedschaft abhängig gemacht. Demzufolge fehlt auch der Passus, daß die Ortsverwaltung den Unterstützungssatz für Nichtvollberechtigte bestimmt. Den § 4 des Statuts empfahl Rätber zu streichen. Dieser Paragraph bestimmt, daß Mitglieder, die länger als 18 Wochen mit ihren Beiträgen im Rückstand sind, ihre Rechte verlieren, dieselben jedoch durch Nachzahlung wieder erwerben können. Diese Bestimmung, so führt Redner aus, habe den Uebelstand gezeitigt, daß solche Mitglieder, die schon lange im Rückstand sind und den Verband hauptsächlich den Rücken gelehrt haben, bei bevorstehenden Lohnbewegungen und sonstigen Gelegenheiten, wo sie Unterstützungen aus der Verbandskasse ziehen wollen, die Beiträge nachzahlen, um dann nach Ausnutzung des Verbandes denselben wieder zu verlassen. Ramentlich würde sich diese Bestimmung bei Inkrafttreten der Arbeitslosenunterstützung zum Nachteil des Verbandes bemerkbar machen. Nach kurzer Debatte wurden sämtliche Anträge Rätbers größtenteils einstimmig angenommen. Hierauf empfahl Rätber folgenden neuen § 4: Zur Deckung außerordentlicher örtlicher Ausgaben erhebt die Verwaltungsstelle Berlin von jedem Mitgliede einen monatlichen Extrabeitrag von 20 J (§ 4 Abs. 3 des Verbandsstatuts). Dieser Extrabeitrag wird durch in das Mitgliedsbuch einzuführende Marken bei dem betreffenden Monat quittiert. Der Extrabeitrag muß entrichtet sein, bevor für den folgenden Monat Verbandsbeiträge entgegengenommen werden. Der Extrabeitrag kann jederzeit von einer beschließenden Versammlung erhöht oder herabgesetzt werden. Zur Begründung dieses Antrages verwies Rätber darauf, daß die außerordentlichen Ausgaben bisher aus den durch freiwillige Sammlungen aufgebracht öffentlichen Fond gedeckt worden sind. Es stehe fest, daß dieser Fond zu 90 Proz. von den Verbandsmitgliedern aufgebracht worden sei, während sich die Unorganisierten nur in verschwindend geringem Maße an den Sammlungen beteiligten. Trotzdem glaubten die Unorganisierten, sie hätten durch gelegentliche geringe Beiträge ein Anrecht auf Unterstützung erworben. Unter diesen Umständen sei es rathsam, alle freiwilligen Sammlungen einzustellen und, wie in anderen Verwaltungsstellen, so auch in Berlin von den Mitgliedern eine Extrastener zu erheben. — In diesen Vorschlag Rätbers knüpfte sich eine längere Debatte. Einerseits stimmte man dem Vorschlage zu und beantragte sogar, den Extrabeitrag auf 30 J festzusetzen. Andererseits hielt man dafür, daß die Unorganisierten, da sie doch unterstützt werden, auch ferner zu den Sammlungen herangezogen werden müßten. Schließlich wurde der Antrag Rätbers angenommen. Die beschlossenen Statutenänderungen sollen mit dem 1. Januar in Kraft treten. Der letzte Punkt der Tagesordnung: Die Streiks und Lohnbewegungen der Metallarbeiter wurde wegen der vorgekauften Zeit bis zu einer außerordentlichen Generalversammlung vertagt.

Berlin. Einen originellen Beitrag zur Werkstättenkritik sendet uns ein Berliner Kollege. Des „schönen“ Verhältnisses zwischen Unternehmer und Meister halber machen wir eine Ausnahme und bringen den „Einakter“ zum Abdruck.

Pack schlägt sich — Pack verträgt sich.

Schauspiel in einem Akt (ohne Nachspiel). Ort der Handlung: Berlin, Zenghofsstraße.

Personen: Franz St., Bruder eines reichen Fabrikanten. Paul B., Meister in dessen Fabrik. 70 Arbeiter.

1. Szene.

(Ein großer Saal, in dem zu 70 Personen beschäftigt sind.) Paul B. (Die Arbeiter lässig betrachtend, von denen ein Theil vor einigen Tagen in einer Werkstättenversammlung beschloffen hat, sich keine Abzüge mehr gefallen zu lassen) zu sich: „Ich werde euch schon, ihr könnt lange warten ehe ihr Eymbel zu machen bekommt, die gebe ich denen, die noch keine gemacht haben, die machen sie billiger — Ja, ha, ha...“ (Seine lachende Frage nimmt plötzlich einen unheimlichen Ausdruck an.)

2. Szene.

Franz St. (her eingetreten, zum Meister): „Diesen Balancer müssen Sie frei machen, den gebrauche ich.“ Paul B. (unheimlich): „Ich habe sehr eilige Arbeit, das geht nicht.“ Franz St. (gebieterisch): „Ich verlange es, wer hat hier etwas zu sagen?“ Paul B.: „Ich bin doch Meister.“ Franz St. (wütend): „Was?“ (Paßt Paul mit beiden Händen ein drittes Schütteln, ein „ja“er“ Knack und Paul liegt gegen den nächsten Tisch.) Paul B. (hinterhersehend, hat keine Worte.) Franz St.: „Sofort verlassen Sie den Saal.“ Paul B. (weinerlich): „Ich soll gehen?“ Franz St.: „Sind Sie noch nicht raus?“ Paul B. (zitternd vor Angst und Furcht): „Ja —“

3. Szene.

Franz St. (abgehend): „Machen Sie, daß Sie raus kommen.“

4. Szene.

Paul B. wagt lässig in seinem Palet herum und geht dann ab.

Operas (70 Arbeiter): Langes Gelächter.

5. Szene.

Paul B. tritt ein, läßt mit verwirrten Augen nach schlotternden Seiten, setzt er sich zerknirsch an sein Palet und — arbeitet weiter.

Ende.

Sie freuen uns, daß unsere Genossen trotz der Jugendhausvorlage den Humor noch nicht verloren haben.

Essfurt. Am 4. November fand im „König von Preußen“ eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt, in welcher Kollege Leber-Sena einen Vortrag über die wirtschaftlichen Kämpfe der Metallarbeiter hielt. Der Referent entledigte sich seiner Aufgabe in seinem einstündigen Vortrage zur Zufriedenheit aller Anwesenden. Nachdem noch verschiedene Kollegen sich den Ausführungen des Referenten angeschlossen und die Mißstände in den hiesigen Fabriken gerügt, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige öffentliche Metallarbeiterversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Kollegen Leber vollständig einverstanden und beschließt, für die Ausbreitung unserer Organisation, dem D. M. V., kräftig zu agitieren, um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen.“ Nachdem sich noch verschiedene Kollegen dem Verband angeschlossen, wurde die leider sehr schwach besuchte Versammlung geschlossen.

Freiburg i. Schwarzwald. Sonnabend, 4. November fand im „Kronprinz von Preußen“ eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung statt. Die Tagesordnung lautete: „Die gewerkschaftliche Bewegung und ihre Bedeutung zur Hebung der Massenlage der Arbeiter.“ Der Referent, Kollege Höhne-Breslau, der den Metallarbeitern Freiburgs wohl bekannt, erledigte sich seiner Aufgabe in gewohnter Weise, zur größten Zufriedenheit der Anwesenden, in einer 1 1/4 stündigen Rede. Desterer lebhafter Beifall lohnte den Redner für seine Ausführungen. In der Diskussion meldete sich leider kein Gegner zum Wort, trotzdem einige Gewerksvereiner anwesend waren und wurde so den Mitgliedern die Hoffnung auf eine interessante Debatte geraubt. Nach einem Schlußwort des Kollegen Höhne, trotz den vom Unternehmertum bereiteten Schwierigkeiten, trotz einer drohenden Judthausvorlage für die Ausbreitung und Erstarkung der Organisation durch die Werbung von neuen Mitgliedern Sorge zu tragen, nach Beantwortung einiger an den Referenten gestellten Fragen und nach Erledigung einiger, auf den Ausbau der Organisation bezug habenden Angelegenheiten schloß der Vorsitzende um 11 Uhr die prächtig verlaufene Versammlung. Einer vorangegangenen Aufforderung, dem Verband beizutreten, wurde von einem großen Theil der Anwesenden Folge geleistet, indem neben einigen Gewerksvereinsmitgliedern, die übertraten, sich insgesammt 27 Mann als Mitglieder meldeten. Fürwahr ein erfreuliches Resultat, wenn man sich die Zahl der Mitglieder vor einigen Monaten und heute, sowie den damaligen und jetzigen Besuch der Versammlungen vergegenwärtigt. Zählte Freiburg doch Anfang des Jahres sage und jähreibe ganze 13 Mitglieder und war somit eine der schwächsten Zellen, trotz der am Orte zahlreich befindlichen Uhrenfabriken. Doch auch hier ist seit einigen Monaten eine erfreuliche Wendung zum Besseren eingetreten und dürfte ihre Ursache zum Theil in dem Zusammenfluß der Betriebe und in der Umwandlung zu einer sammtliche größeren Uhrenfabriken umfassenden Aktiengesellschaft zu suchen sein. Das jetzige der gewerkschaftlichen Bewegung von Seiten der Metallarbeiter Freiburgs entgegengebrachte Interesse findet seinen Ausdruck in der stetig zunehmenden Mitgliederzahl. Waren es Anfang des Jahres 13 Mitglieder, so steigerte sich die Zahl bald nach einem Vortrag des Kollegen Höhne auf 89, dann auf 110 und hat jetzt die Zahl 137 erreicht. Thut jeder Kollege vor wie nach seine Pflicht, damit wir vorwärts schreiten auf dem Wege, der uns zum Ziele führt.

Griesheim a. M. Am 30. Okt. fand eine öffentliche Versammlung statt, in der Kollege Schlichte-Stuttgart über: „Was lehren uns die heutigen Industrieverhältnisse?“ referierte. Heißer Beifall lohnte dem Redner nach seinem sachlich gehaltenen Vortrag. Leider waren in der Versammlung, abgesehen von anderen Berufszweigen, sehr wenig Metallarbeiter anwesend, es scheint als hätten dieselben nicht nötig, ein wahres Wort über ihre Lage zu hören. Die hiesige Chemische Fabrik beschäftigt etwa 300 Metallarbeiter, wovon nur vereinzelte Kollegen unserem Verbands angehören. Sammtliche Mißstände hier anzuführen, würde zu weit führen. Heute nur eines. Der Lohn schwankt zwischen 30 und 42 J pro Stunde. Bricht man die ungesunde, chemisch gereinigte Luft und die schmutzige Arbeit in Betracht, so ist der Lohn sehr gering. Ein Kollege, der Familienvater ist, hat seinen Ingenieur, Erwich, um eine kleine Zulage mit der Motivation, daß seine Familie größer wird und der Verdienst nicht mehr reicht, sich und die Seinen menschenwürdig zu ernähren. Arbeiten Sie mehr in der Fabrik und nicht so viel bei Ihrer — Frau, so kommen Sie mit Ihrem Lohn aus“, war die Antwort. Die hiesigen Farbwerke (Dietler) können der Chemischen Fabrik würdig an die Seite gestellt werden. Der Gewerbeinspektor fühlte sich schon veranlaßt, der übermäßigen Sonntagsarbeit in der betreffenden Fabrik entgegenzutreten, indem er dem sehr freigebmüthigen Fabrikleiter Herrn Spiel zu wissen gab, daß die Arbeiter des Sonntags auch gerne ihre müden Knochen ausruhen möchten und er wenigstens jeden zweiten Sonntag freigegeben sollte. Bei den Kleinrentnern am Orte sieht es noch trauriger aus als in den oben geschilderten Fabriken. Gejellen halten kostbar Geld; so hat man eine wahre Behringsschulderei eingeführt und die Meister scheinen sich gegenseitig überbieten zu wollen in der „Ansbildung“ der Lehrlinge. Nichts hieße es natürlich in der Ausdeutung der Lehrlinge, denn, wenn schon die kann aus der Schule entlassen, noch im zartesten Alter befindlichen Jungen 12, 14, ja bis 18 Stunden täglich arbeiten müssen, wo soll da die Lust zum Lernen kommen? Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, der Organisation beizutreten, denn nur durch den Verband können solche Mißstände beseitigt werden.

Hamburg. Mitgliederversammlung am 28. Oktober bei Hilmer. Vor Eintritt in die Tagesordnung machte der Vorsitzende den Tod der Kollegen Schönbach und Endemann bekannt; die Versammelten ehrten das Andenken der Verstorbenen durch Erheben von den Plätzen. Die Abrechnung für das 3. Quartal ergab: Gesamteinnahme M 12.527,68; Vorkasse: Einnahme M 3023,90, Ausgabe M 2942,04. Als Revisor wird Kollege Gärter gewählt; die zweite Stelle bleibt offen für die Kassenrevisor, desgleichen die Stelle eines Biblio-

thekars (da die Kassenrevisor am 1. November zur allgemeinen Verwaltungsstelle übertraten). Das Komitee zum kombinierten Wintervergütungen wird auf 15 Personen ergänzt. Die Extrabeiträge sollen bis zum Schlusse des 4. Quartals beibehalten werden. Stellt es sich heraus, daß wir mit weniger auskommen, so hat die Ortsverwaltung der Versammlung einen diesbezüglichen Antrag zu unterbreiten. Den Bericht von der Bibliothek erstatteten Häber, Martini und Junge. Die Einnahme der Bibliothek beträgt M 51,40, die Ausgabe M 5,20. Streu berichtete über die Thätigkeit der Kommission für Berufsstatistik. Die Diskussion hierüber wird vertagt bis zur nächsten Versammlung. Nachdem der Vorsitzende noch bekannt gegeben, daß das neue Bürgerliche Gesetzbuch auf unserem Bureau unentgeltlich einzusehen ist, erfolgte Schluß der Versammlung.

Höln. In letzter Zeit wird vielfach versucht Arbeiter, hauptsächlich Klemperer von Dessau nach Köln-Chrenfeld zu ziehen, und zwar von der Firma: „Aktiengesellschaft für Gas- und elektrische Lichtanlagen Ritter u. Comp.“ Wir eruchen die Kollegen, auf dieses Versuch nicht einzugehen, da die Verhältnisse bei dieser Firma nicht die besten sind, hauptsächlich herrscht überlange Arbeitszeit. Der Meister dieser Firma hat sich unsern dort beschäftigten Kollegen gegenüber geäußert: „Ich kann von Dessau genug Arbeiter haben, wenn ihr es nicht dafür macht, die machen es dafür.“

Kopenhagen. Alle deutschen Arbeiter, die nach Kopenhagen reisen, werden auf den deutschen Arbeiterverein „Vorwärts“ aufmerksam gemacht. Der Verein hat den Zweck, durch Vorträge und Diskussion seinen Mitgliedern über die politische und fachliche Bewegung Aufklärung zu schaffen. Ferner hält der Verein mehrere politische und alle deutschen Fachblätter, sowie eine gute Bibliothek. Vereinsversammlungen finden jeden Sonnabend im Vereinslofale statt; dasselbe ist: Korsgade 49, Kopenhagen N. Im Namen des Vereins: W. Ulrich, G. Deublein.

Münsterfeld. Hier wurde eine Verwaltungsstelle gegründet, welcher bis jetzt die Hälfte der hiesigen Metallarbeiter angehört. In die Ortsverwaltung wurden die Kollegen Karl Becker als Bevollmächtigter, Hermann Brügge-mann als Kassirer, Joh. Döppel, Felix Scarcho, Bruno Ullmann als Revisoren gewählt. Als erste Gewerkschaft am Orte wollen wir hoffen, daß die Filiale in dieser schwarzen Ecke bahnbrechend wirkt. — Bravo!

Nordhausen. Am 12. November tagte im Saale der „Stadt Berlin“ eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung mit der Tagesordnung: „Die wirtschaftlichen Kämpfe der Metallarbeiter.“ Der Referent, Kollege Leber aus Jena, erledigte sich seiner Aufgabe zur größten Zufriedenheit der Anwesenden, was ihm am Schlusse seines Vortrages durch lauten Beifall bezeugt wurde. Er wies unter Zuhilfenahme statistischen Materials nach, daß trotz der günstigen Geschäftslage sich die Löhne der Metallarbeiter nicht verbessert, sondern eher verschlechtert hätten. Kollege Leber legte es den Anwesenden warm ans Herz, für eine kräftige Organisation zu sorgen und nicht in der Agitation zu erlahmen, denn nur so könnten die Metallarbeiter ihre Lage verbessern. Kapital und Behörde zögen an einem Strange, sodas es auch jetzt schon ohne Zuthausgesetz ginge. In der Diskussion wurde die große Interesslosigkeit der Nordhäuser Metallarbeiter gerügt und hervorgehoben, daß die Löhne am Plage nicht zu einem menschenwürdigen Auskommen hinreichten, und die Lebensmittel und Wohnungen theurer, als in größeren Städten sind. In jedem Klimabereine könne man die Kollegen finden, aber nicht in ihrer Organisation. Das müßte besser werden, denn wie beschämend ist es für die Nordhäuser Metallarbeiter, daß von 450 nur 50 in der Versammlung waren, ja selbst die organisierten Kollegen nicht einmal vollzählig erschienen waren. In seinem Schlußwort streifte der Referent die in der Diskussion hervorgetretenen Mängel und erläuterte den Anwesenden die Vortheile der Arbeitslosenunterstützung.

Offenbach a. M. Die am 13. November stattgefundene Mitgliederversammlung der hiesigen Zahlstelle des D. M. V. beschäftigte sich u. A. mit der Fragestellung eines Kollegen bei der Firma Guppe & Bender. Die Versammlung nahm mit Entrüstung Kenntniß von dem rigorosen Vorgehen der Firma, die einen Mann auf bloßen Verdacht hin auf's Straßenpflaster wirft, ohne auch nur irgend einen Beweis dafür zu haben, daß der Betreffende den fraglichen Artikel im „Abendblatt“ veröffentlicht hat. Im Laufe der Diskussion meldete sich der Schreiber des Artikels freiwillig, und wenn die Herren Guppe & Bender den Namen desselben wissen wollen, so können sie ihn jederzeit auf der Redaktion des „Abendblatt“ erfahren. Die Arbeiter der Firma Guppe & Bender mögen aus diesem Falle die Lehre ziehen, daß solchem Gebahren eines Fabrikanten nur dann entgegengetreten werden kann, wenn sich dieselben in ihrer Mehrheit der Organisation angeschlossen haben, was bei den Arbeitern genannter Firma leider nicht der Fall ist.

Sömmerda. Die Munitions- und Waffenfabrik Akt.-Ges. vorm. v. Drehsje in Sömmerda, sucht Arbeiter für alle Branchen. Wir warnen jeden Arbeiter, dort Stellung zu nehmen, bevor er nicht weiß, was er verdient. Jeder, der beabsichtigt, dort anzufangen, frage vorher brieflich an, welchen Lohn er erhält. Mit der Nebenart, er kann so und so viel verdienen, lasse sich Niemand abspesen. Erwünscht wäre es ja, wenn der Organisation angehörende Kollegen dort in Arbeit treten würden. Ausführlicher Bericht folgt.

Schmiede.

Eplingen. 16. Nov. Der Schmiedestreit bei der Firma Dieb hat nach elfwöchentlicher Dauer sein Ende erreicht, nachdem Herr Oberbürgermeister Mühlberger den Friedensschluß herbeiführte. Es kam wohl gesagt werden, daß der Anfang des Streiks geeignet ist, unserer Eplinger Fabrikanten- und Selbstschutzkluge den Wermttsbecher, welchen sie anlässlich der Reichstagswahl bis zur Keige leerer mußte, einigermaßen zu verjüngen. Seiner Wuth über die Niederlage gab auch Herr Dieb Ausdruck, indem er den Streikenden bei den Einigungsverhandlungen den Rath gab, in die Wiltsgasse (Wirtschaft des Genossen Schlegel) zu gehen, dann brachten sie nicht mehr zu arbeiten. Hat vielleicht Herr v. Sez außer hohlen Phrasen, neuen Steuern und Schuß für Arbeitswillige“ Etwas für die Arbeiter übrig? Das Resultat des Streiks ist, daß die Arbeiter ihre Hauptforderung: Aufhebung der Verträge durchsetzten, im Uebrigen

aber die Arbeit bedingungslos wieder aufnehmen müßten. Vier Kollegen sind noch arbeitslos. Herr Diek hat seinen „Sieg“ ausschließlich den „Arbeitswilligen“ zu verdanken und belohnte er auch den Haupturheber des Streiks für seine Verrätherei dadurch, daß er ihn als Vorarbeiter und Aufpasser über seine Kollegen setzte, welchen er in den Rücken fiel. Herr Diek erklärte bei einer Unterhandlung vor dem Oberbürgermeister, daß er sich an seiner Ehre etwas vergeben würde, wenn er Diejenigen wieder einstellte, welche ihn angegriffen und in öffentlicher Versammlung kritisiert hätten. Also Diejenigen, welche offen und ehrlich ihre Meinung sagten, ohne Herrn Diek mit einem Worte zu beleidigen, werden gemahregelt, während er jetzt gerade die Feger und nachherigen Streikbrecher, unter denen in Bezug auf Herrn Diek Bezeichnungen wie „Lump“, „Falschschneider“ und andere Schmideleten fielen und die ihre Kollegen auf's Schwerste bedrohten, wenn sie von Wiederaufnahme der Arbeit sprachen, jetzt als einsichtige, gutgesinnte Arbeiter den anderen Arbeitern als Muster hingestellt. Wirklich, ein sonderbares Ehrgefühl, dasjenige des Herrn Diek. Die Maßregelung der Hädelshöhler geschah auf Betreiben des Metallindustriellenverbandes, dessen Vizevorstand, Baurath Groß, der Rathgeber des Herrn Diek ist. Herr Diek besteht unbedingt darauf und ließ es sich von den weiterarbeitenden Kollegen auch schriftlich geben, daß er die Verträge „freiwillig“ aufhebe. Wenn ihm daran gelegen ist, so wollen auch wir ihm noch bestätigen, daß er unter dem Druck der Verhältnisse und der Entscheidung des Gewerbegerichts sich entschloß, seine Verträge „freiwillig“ aufzuheben. Desgleichen mußten die Arbeiter die feinerzeit von Diek veröffentlichte Lohnliste für richtig anerkennen, deren Richtigkeit von denselben Arbeitern damals bestritten wurde. Hier kann man wohl sagen: „Habt Beide recht, werdet Beide bestraft.“ Während Herr Diek nur die letzten acht Wochen vor dem Streik zur Berechnung des Durchschnittslohnes heranzog, gingen die Arbeiter wie das Gewerbegericht von der allein richtigen Ansicht aus, daß der Jahresverdienst berechnet werden müsse, und dabei kam bei einem Theil der Schmiede ein weit geringeres Einkommen heraus wie auf der Diek'schen Lohnliste. Wir können also konstatieren, daß die Lohnliste des Herrn Diek richtig war, ohne ein Wort zurückzunehmen von dem, was wir damals über dieselbe sagten. Um die Ehre der Streikbrecher zu retten, mußte schon das Gericht in Anspruch genommen werden. So wurde letzte Woche ein Arbeiter vom Schöffengericht zu 40 M. Strafe verurtheilt, weil er den Arbeitswilligen Vöb von Steinbach „beleidigte“. Einer der jetzt Gemahregelten wurde von der Meistersfrau Schäfer denunziert und in Folge dessen von der Frau des Arbeitswilligen Noth Beleidigungsklage beim Amtsgericht Eßlingen eingereicht.

Potsdam. Am 8. November fand hier eine öffentliche Schmiedeverammlung statt. Kollege Noth hielt das Referat und wurde nach demselben folgende Resolution angenommen: „Die heutige Versammlung beauftragt das Bureau derselben, an die Schmiedemeister von Potsdam ein Rundschreiben zu richten, in welchem sie aufgefordert werden, vom 1. April 1900 ab die 10stündige regelmäßige Arbeitszeit einzuführen und für Ueberstunden und Sonntagsarbeit einen Aufschlag zu gewähren. Die Versammlung erklärt, daß die 10stündige Arbeitszeit durchführbar ist, wenn alle Schmiedemeister sie einführen und ersucht daher die Meister, in Verbindung zu gemeinsamem Handeln zu treten. Ferner beauftragt die Versammlung das Bureau, dahin zu wirken, daß noch in diesem Jahre gemeinsame Verhandlungen zwischen Meister und Gesellen stattfinden, durch welche Arbeitslohn, Arbeitszeit und Zuschlag für Ueberstunden und Sonntagsarbeit festgelegt wird.“ Nach Annahme dieser Resolution muß es sich entscheiden, ob wir noch länger gewillt sind, 11 Stunden und darüber zu arbeiten. Stärken wir uns nun inzwischen und ziehen wir noch möglichst viel Mitglieder heran. Denn, wissen die Meister, daß wir die Macht der Organisation hinter uns haben, so sind sie viel eher geneigt, mit uns zu unterhandeln. Bis auf Weiteres muß unsere Parole heißen: „Eine in den Deutschen Metallarbeiter-Verband.“

Feilenhauer.

Braunschweig. Der Streik der hiesigen Feilenhauer dauert unverändert fort. Die Zahl der Streikenden beträgt noch 8 Mann. Eine Unterhandlung mit den Meistern ist noch nicht zu verzeichnen. Man scheint es auf eine Wackprobe ankommen lassen zu wollen, denn man annonciert in Eßlingen in allen Blättern: „Tüchtige Feilenhauer bei hohem Lohn und Akkord gesucht.“ Wie es in dieser Beziehung hier steht, glauben wir in ganz Norddeutschland keine zweite Stadt in Parallele mit Braunschweig anführen zu können. Bezeichnend ist ja, daß man in den angeführten Gegenden annonciert. Kollegen, sucht den Bezug nach hier zu vermeiden, dann wird der Sieg unser sein.

Düsseldorf. Die Feilenhauer Düsseldorfs sind am 8. Oktober in eine Lohnbewegung eingetreten. Da unsere Forderungen — es handelt sich um Höherstellung der Strohfellen und Packfellen — bis zum 23. Oktober von keinen Meistern bewilligt waren, so wurde eine Kommission abgeschickt, um die Antwort bei sämtlichen Meistern einzuholen. Es haben auch darauf drei Meister bewilligt, hingegen drei Meister die Forderung abgelehnt. Bei Letzteren wurde sofort die Kündigung eingereicht und nach Ablauf der Kündigung nochmals eine Kommission entsandt. Es bewilligten hieraufhin noch zwei Meister. Nur die Firma G. Wildschütz u. Co., deren Inhaber Vorsitzender des Verbandes der Feilen-Industriellen ist, lehnte unsere Forderungen ab. Die Kündigung war bei dieser Firma am 6. November abgelaufen; beschäftigt waren drei Verbandskollegen, zwei erhielten Sonntag, den 4. November, ihre Entlassung. Einen der Kollegen machte man auf seinem Zeugniß die Schlussbemerkung: „Wurde im Falle eines Streikaustrittes entlassen.“ Die Firma Wildschütz u. Co. klagte unseren Vorsitzenden an; derselbe sollte sich bei einem ihrer Gesellen vergangen haben dadurch, daß er zu diesem sagte: „Steck, wenn Du weiter arbeitest, so schlage ich Dir die Knochen kaput.“ Da dies aber eine Unwahrheit ist, so wird diese Sache noch ein gerichtliches Nachspiel haben. Kollegen! Ihr seht, mit welcher Schärfe der Vorsitzende des Meister-Verbandes vorgeht. Er fügt sich auf seine Haumaschinen, woran nur ungelernete Arbeiter beschäftigt sind. Ein anderes Mal werden wir auf die Löhne näher eingehen. Drei Kollegen sind somit in Ausstand getreten und zwei davon haben wir schon bei anderen Meistern

untergebracht. Es bleibt somit nur einer im Ausstand. Wir machen darauf aufmerksam, daß die beiden Firmen Theodor Wildschütz und Heinrich Wildschütz u. Co. Feilenhauer auswärts suchen. Besonders die Gegenden von Dortmund und Mensefeld werden von den beiden Firmen bevorzugt. Die dortigen Kollegen eruchen wir dringend, nicht auf Verprechungen einzugehen. Bedenkt, daß wir uns im Streik befinden, haltet den Bezug fern, dann wird uns der Sieg sicher sein. Vor allen Dingen benötigt unseren Arbeitsnachweis, denn nur durch den können wir eher zum Siege kommen. Der Arbeitsnachweis befindet sich bei Kollege Bernhard Wachs, Benzbergerstraße 1/1. Alle Briefe sowie Anfragen sind zu richten an Hermann Engelbert, Bethelstraße 149.

Leipzig. Eine öffentliche Feilenarbeiter-Versammlung tagte am 4. November im „Coburger Hof“. Beim 1. Punkt referierte Kollege Böhm über den Nutzen der Organisation. In der Diskussion richtete Kollege Mazat einen warmen Appell an die Kollegen der Firma R. u. W., die in der Versammlung erschienen waren, indem er dieselben aufforderte, sich endlich einmal zusammen zu thun und uns anzuschließen, damit wir, wenn es einmal gilt unsere Lage, die gerade in unserem schweren und anstrengenden Beruf eine so traurige ist, zu verbessern — geschlossen und einig gegen die Unternehmer vorgehen können. Nachdem sich verschiedene Kollegen obiger Firma für unsere gerechte Sache ausgesprochen hatten und auf ihren Wunsch ein Antrag angenommen wurde, in nächster Zeit für die Hude eine Werkstattversammlung einzuberufen, schloß der Vorsitzende die gut besuchte Versammlung.

An die Verwaltungsstellen des D. M.-V. der Provinz Hannover.

Gemäß dem Beschluß der Konferenz in Peine beruft Unterzeichneter hiermit die dritte Konferenz der Provinz Hannover auf Sonntag, 17. Dezember, Vormittags 11 Uhr in das Lokal des Herrn Straßner, Langestraße 2, in Hannover ein.

Tagesordnung:

1. Bericht und Abrechnung des Vertrauensmannes.
2. Bericht der Delegirten mit Angabe der am Orte Organisirten und Beschäftigten und Angabe der Zahl der Mitglieder am 1. Juni und am 1. Oktober etc. laut Abrechnung.
3. Agitation.
4. Die Statistik.
5. Wahl des Vertrauensmannes.
6. Anträge und Verschiedenes.

Ich ersuche nun die Ortsverwaltungen, bald Schritte zur Wahl von Delegirten zu thun, auch Stellung zu Anträgen u. s. w. zu nehmen. Verwaltungsstellen bis 100 Mitglieder wählen einen Delegirten u. s. w. Als Mandate genügen die von den Ortsverwaltungen mit dem Stempel versehenen Bescheinigungen. Anträge können vor Beginn der Konferenz an den Vertrauensmann abgeliefert werden.

Kollegen, da wir einen anderen Agitationsplan betreffs der öffentlichen Versammlungen machen müssen, ist es Pflicht, daß jede Verwaltung vertreten ist.

Hannover, im November 1899.
S. U. Karl Behle,
Vertrauensmann.

NB. Abends findet ein Kommerz der Kollegen bei Straßner statt.

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (G. S. 29, Hamburg.)

Bekanntmachung.

Da in vielen Fällen bei Einreichung von Berufungen an das Schiedsgericht nicht der vorgeschriebene Weg innegehalten wird, so werden alle Bevollmächtigte bezw. die Mitglieder hierdurch nochmals aufmerksam gemacht:

Daß Berufungen an das Schiedsgericht nachdem ein **Vorstandsbeschluss** vorliegt, einzureichen sind bei dem Bevollmächtigten schriftlich, zur Einsicht. Die Berufung ist unter Beifügung des **Vorstandsbeschlusses an das Schiedsgericht**, Adresse des Unterzeichneten, zu senden, und eine Abschrift an den Vorstand (die beklagte Partei.)

Die Berufung soll deutlich enthalten, daß das Mitglied (Name, **genaue Adresse** und Hauptnummer) gegen den beifolgenden **Vorstandsbeschluss** schiedsgerichtliche Entscheidung beantragt. Beweismaterial ist dem Schiedsgericht einzusenden, da die Urtheile amtlich aufgestellt werden, so ist die Angabe der **genauen Adresse** der pp Mitglieder notwendig.

Das Datum der Uebermittlung des **Vorstandsbeschlusses** an das betreffende Mitglied ist ebenfalls genau zu vermerken: auf den Formularen des Beschlusses. Im Uebrigen sei noch auf Seite 15 und 16 der Instruktion für die örtlichen Verwaltungsstellen hingewiesen.

Mit Gruß
der Obmann des Schiedsgerichts:
F. W. Schauer,
Barmbeck-Hamburg, v. Eßenstr. 60.

Rundschau.

Die Lage des Arbeitsmarktes hat im Oktober sich wieder etwas gebessert. Nach den Beobachtungen der Berliner Halbmonatsschrift „Der Arbeitsmarkt“ befindet sich die Konjunkturlage zwar noch auf der Höhe, pendelt aber zwischen Auf- und Abstieg hin und her. Während sie im September mehr nach unten sich richtete, schwingt sie im Oktober wieder nach oben. So hat die Zahl der Beschäftigten nach den Berichten der Ortskrankenkassen an die genannte Zeitschrift stärker zugenommen als in dem gleichen Monat des Vorjahres, um 1,1 Proz. gegen 0,7 Proz. Gleichzeitig mit der Zunahme der Beschäftigung geht zwar ständig im Oktober eine verhältnismäßig noch schärfere Steigerung der Arbeitsuchenden in den Städten einher; aber gerade in diesem Jahre tritt dieselbe weniger zu Tage als sonst. Während die Zahl der Arbeiter, die an den öffentlichen Arbeitsnach-

weisen auf 100 offene Stellen im Durchschnitt sich melbten, im Vorjahre vom September zum Oktober von 98,8 bis 112,3 stieg, so diesmal von 98,9 nur bis 108,8.

Fabrikinspektorenjahres-Konferenz. In der unter dem Vorsteher des Ministers des Innern abgehaltenen Jahreskonferenz der bayerischen Fabrik- und Gewerbeinspektoren wurde u. A. namentlich die Beaufsichtigung der Handwerksbetriebe und Befreiung der hierbei wahrgenommenen Mißstände, insbesondere auch hinsichtlich der Schlafräume der Gehilfen und Lehrlinge, ferner die Erhebungen über die Beschäftigung verheiratheter Frauen in den Fabriken und die hierbei für diese selbst und das Familienleben zu Tage tretenden Schädigungen beraten. Die Thätigkeit der weiblichen Inspektoren und die Frage der Weiterentwicklung dieser Institution fanden eingehende Besprechung. Ebenso die Verhütung von Unfällen durch entsprechende Schutzvorschriften und die Verbesserung der Arbeitsräume in hygienischer Beziehung.

Vom Würgengel Schwindsucht. Eine soeben von der Zentralkommission der Berliner Krankenkassen veröffentlichte Zusammenstellung ergibt folgende Statistik von Sterbefällen an Schwindsucht; dieser Krankheit erlagen von 150000

bei der Ortskrankenkasse der Maurer	95 Proz.
„ „ „ Zimmerer	41 „
„ „ „ Allgemeinen Ortskrankenkasse	43 „
„ „ „ Ortskrankenkasse der Gastwirthe	45 „
„ „ „ Buchdrucker	47 „
„ „ „ Sattler	47 „
„ „ „ Goldschmiede	50 „
„ „ „ Gelbgießer	50 „
„ „ „ Handlungsgehilfen	50 „
„ „ „ Drechsler	54 „
„ „ „ Polamentire	60 „
„ „ „ Buchbinder	64 „
„ „ „ Tapezierer	65 „
„ „ „ Vergolder	85 „

Die „lieben Arbeitswilligen“. Der Münchener Raubmörder Max Bogner zählte zur Kategorie der Arbeitswilligen. Anlässlich des Ausstandes der Arbeiter einer Passinger Schuhfabrik fungirte der Bursche seiner Zeit als Streikbrecher. Und nicht uninteressant ist es, daß der Holzbildhauer Friedrich Breitmoser, der kürzlich seine Geliebte und dann sich selbst tödten wollte, während des Bildhauerstreiks im vorigen Jahre ebenfalls circa 12 Wochen lang Streikbrecherdienste verah und auch als Zeuge gegen organisirte Arbeiter vor Gericht erschien. Diese Sorte von Arbeitswilligen machen den Vätern der Zuchtansvorlage sicher wenig Freude, doch gehören sie auf jeden Fall in die berühmte Denkschrift.

Letzte Nachrichten.

Der Reichstag lehnte in zweiter Lesung die Zuchtansvorlage ab.

Litterarisches.

Soeben ist in der Buchhandlung „Vorwärts“ eine Agitationsbroschüre erschienen, die namentlich den Gewerkschaften dringend zur Verbreitung empfohlen werden kann: **„Der Zentralverband der Scharfmacher und die Sozialpolitik Deutschlands“** von Max Schippel. Der Zentralverband deutscher Industrieller, in dem die Scharfmacher aller Industriezweige vereinigt sind, ist für die gegen die Arbeiterorganisationen gerichtete innerpolitische Politik Deutschlands seit jeher von verhängnisvoller Bedeutung gewesen. Er ist für die großindustrielle Reaktion, was der Bund der Landwirthe für die Agrarier. Man kann ohne Uebertreibung sagen, daß alle Anschläge gegen die Gewerkschaften, das Amnurlgesetz, die Zuchtansvorlage und eine ganze Reihe anderer arbeiterfeindlicher Pläne, das Stocken der Sozialreform zurückzuführen sind auf den „Zentralverband“ oder einzelne seiner Wortführer. Die Schrift Schippels dürfte darum gerade zu rechter Zeit erscheinen. Sie schildert die Wählerreien der sozialpolitischen Reaktionäre bei der Arbeiterversicherung, bei den kaiserlichen Erlassen und in der Verleisch-Zeit, den Kampf gegen „Gehemrätze, Katheder- und Kanzelsozialisten“, die allgemeinen sozialpolitischen Anschauungen in dieser Organisation des Fabrikanten-Absolutismus — alles nach den Protokollen, Petitionen und sonstigen Kundgebungen. Die Schrift bietet also ebenso sehr einen lehrreichen Beitrag zur inneren Geschichte Deutschlands wie wertvolles Agitationsmaterial zur Brandmarkung der Scharfmacher. Der Preis für die drei Bogen starke Broschüre ist 25 Pfg., bei Partienbezug 10 Pfg.

Die **„Metallotechnische Rundschau“**, gemeinverständlich Fachblatt für sämtliche Branchen der Metallindustrie, bringt in ihren Nummern 6—10 eine Reihe belehrender und interessanter Artikel, von denen wir besonders hervorheben: Das Wesen der dynamoelektrischen Maschine. — Die Vermeidung von Speichen und anderen kleinen Fahrrad- und Metalltheilen. — Verschleien von Eisen und anderen Metallen. — Dichtungen von Stößen und Verbindungen für Gas- und Wasserleitungsrohre. — Die Schmirgelscheibe und ihre Behandlung. — Die Erzeugung künstlicher Luft — Das magnetische Verfahren zur Eisengewinnung nach Edison. — Ein neues Eisen. — Nöhrengewerke, System Rudica. — Verwendung galvanischen Metallspapiers. — Das lenkbare Luftfahrzeug des Grafen Zeppelin. — Acetylenlampe mit selbstthätiger Wasserzulußregelung. — Außerdem enthalten die Rubriken: Aus der Praxis — für die Praxis, Allgemeine Mittheilungen, Marktberichte etc. der illustrierten, monatlich zwei Mal erscheinenden Zeitschrift so viel des Belehrenden und Wissenswerthen, daß wir unseren Kollegen das Abonnement nur empfehlen können, da der Abonnementpreis vierteljährlich nur 95 J beträgt. Man abonniert am Besten bei der Post, Postzeitungskatalog Nr. 4325a oder den Agenten. Probenummern versendet und nähere Auskunft erteilt die Geschäftsstelle der Metallotechnischen Rundschau, Stuttgart, Metzstr. 53.

An alle Ortsverwaltungen des D. M.-V.

richten wir die dringende Bitte, doch möglichst nur solche Adressen oder Herbergen für den Zeitungsverband angeben zu wollen, welche nicht so vielen Änderungen unterworfen sind, als wie dies in letzter Zeit der Fall war.

Die Exped. der „D. Met.-Arb.-Ztg.“

Verbands-Anzeigen.

Mitglieder-Versammlungen.

In jeder Versammlung werden Aufnahmen entgegen genommen und können Beiträge entrichtet werden.

Aachen. Samstag, 25. November, Abends halb 9 Uhr. Anträge zur Konferenz in Elberfeld. Wahl eines Delegierten.

Berlin. Außerordentliche Generalversammlung: Sonntag, 3. Dezember, Vormittags 10 Uhr im Frempalast.

Bismarck. Am 2. Dezember. Bitterfeld. Samstag, den 2. Dezember, in der „Guten Quelle“.

Bremen. (Allgem.) Sonnabend, den 2. Dezember, Abends halb 9 Uhr, im Vereinshaus, Kanfenstraße 21-22.

Bruchsal. Regelmäßig jeden ersten und letzten Samstag im Monat im Nebenraum des Gasthauses zum „Lamm“.

Darmstadt. Jeden 1. und 3. Samstag im Monat in der Stamer'schen Bierhalle.

Duisburg. (Sektion der Klempner.) Jeden Dienstag vor dem 1. und 15. des Monats im „Hof von Holland“.

Eisenach. Freitag, 1. Dezember. Eilenburg. Freitag, 1. Dezember, Abends 8 Uhr, im Saitthof zur Rothenburg.

Falkenberg. (Sektion der Schmiede.) Sonnabend, 2. Dezember, Abends halb 9 Uhr, in der „Schloßkellererei“.

Friedrichshagen. (Allg.) Samstag, 2. Dezember, Abends halb 9 Uhr, im „Ballhof“.

Friedrichshagen. (Sektion der Schmiede.) Sonnabend, 2. Dezember, Abends halb 9 Uhr, bei Fierne, Rademacherstr. 1.

Gera. (Allgem.) Sonnabend, 2. Dezember, Abends halb 9 Uhr, im Saitthof zur „Lammer“.

Halle. (Sektion der Schmiede.) Samstag, den 28. November, Abends halb 9 Uhr, im Lokal zur „Gasse“.

Halle. (Allg.) Samstag, 25. November, Abends halb 9 Uhr, im „Europäischen Hof“.

Halle. (Sektion der Schmiede.) Samstag, den 28. November, Abends halb 9 Uhr, im Lokal zur „Gasse“.

Halle. (Allg.) Samstag, 25. November, Abends halb 10 Uhr, in der früheren Brauerei Diejenbacher.

Halle. (Allg.) Samstag, 25. November, Abends halb 9 Uhr, in der früheren Brauerei Diejenbacher.

Halle. (Allg.) Samstag, 25. November, Abends halb 9 Uhr, in der früheren Brauerei Diejenbacher.

Halle. (Allg.) Samstag, 25. November, Abends halb 9 Uhr, in der früheren Brauerei Diejenbacher.

Halle. (Allg.) Samstag, 25. November, Abends halb 9 Uhr, in der früheren Brauerei Diejenbacher.

Halle. (Allg.) Samstag, 25. November, Abends halb 9 Uhr, in der früheren Brauerei Diejenbacher.

Hürnberg. (Sektion der Schmiede u. verw. Berufe.) Samstag, 2. November, Abends 8 Uhr, im „Fammerthal“.

Hürnberg. (Sektion der Schmiede u. verw. Berufe.) Samstag, 2. November, Abends 8 Uhr, im „Fammerthal“.

Hürnberg. (Sektion der Schmiede u. verw. Berufe.) Samstag, 2. November, Abends 8 Uhr, im „Fammerthal“.

Hürnberg. (Sektion der Schmiede u. verw. Berufe.) Samstag, 2. November, Abends 8 Uhr, im „Fammerthal“.

Hürnberg. (Sektion der Schmiede u. verw. Berufe.) Samstag, 2. November, Abends 8 Uhr, im „Fammerthal“.

Hürnberg. (Sektion der Schmiede u. verw. Berufe.) Samstag, 2. November, Abends 8 Uhr, im „Fammerthal“.

Hürnberg. (Sektion der Schmiede u. verw. Berufe.) Samstag, 2. November, Abends 8 Uhr, im „Fammerthal“.

Hürnberg. (Sektion der Schmiede u. verw. Berufe.) Samstag, 2. November, Abends 8 Uhr, im „Fammerthal“.

Hürnberg. (Sektion der Schmiede u. verw. Berufe.) Samstag, 2. November, Abends 8 Uhr, im „Fammerthal“.

Hürnberg. (Sektion der Schmiede u. verw. Berufe.) Samstag, 2. November, Abends 8 Uhr, im „Fammerthal“.

Hürnberg. (Sektion der Schmiede u. verw. Berufe.) Samstag, 2. November, Abends 8 Uhr, im „Fammerthal“.

Hürnberg. (Sektion der Schmiede u. verw. Berufe.) Samstag, 2. November, Abends 8 Uhr, im „Fammerthal“.

Hürnberg. (Sektion der Schmiede u. verw. Berufe.) Samstag, 2. November, Abends 8 Uhr, im „Fammerthal“.

Hürnberg. (Sektion der Schmiede u. verw. Berufe.) Samstag, 2. November, Abends 8 Uhr, im „Fammerthal“.

Hürnberg. (Sektion der Schmiede u. verw. Berufe.) Samstag, 2. November, Abends 8 Uhr, im „Fammerthal“.

Hürnberg. (Sektion der Schmiede u. verw. Berufe.) Samstag, 2. November, Abends 8 Uhr, im „Fammerthal“.

Hürnberg. (Sektion der Schmiede u. verw. Berufe.) Samstag, 2. November, Abends 8 Uhr, im „Fammerthal“.

Hürnberg. (Sektion der Schmiede u. verw. Berufe.) Samstag, 2. November, Abends 8 Uhr, im „Fammerthal“.

Hürnberg. (Sektion der Schmiede u. verw. Berufe.) Samstag, 2. November, Abends 8 Uhr, im „Fammerthal“.

Hürnberg. (Sektion der Schmiede u. verw. Berufe.) Samstag, 2. November, Abends 8 Uhr, im „Fammerthal“.

Hürnberg. (Sektion der Schmiede u. verw. Berufe.) Samstag, 2. November, Abends 8 Uhr, im „Fammerthal“.

Hürnberg. (Sektion der Schmiede u. verw. Berufe.) Samstag, 2. November, Abends 8 Uhr, im „Fammerthal“.

Hürnberg. (Sektion der Schmiede u. verw. Berufe.) Samstag, 2. November, Abends 8 Uhr, im „Fammerthal“.

Hürnberg. (Sektion der Schmiede u. verw. Berufe.) Samstag, 2. November, Abends 8 Uhr, im „Fammerthal“.

Hürnberg. (Sektion der Schmiede u. verw. Berufe.) Samstag, 2. November, Abends 8 Uhr, im „Fammerthal“.

Hürnberg. (Sektion der Schmiede u. verw. Berufe.) Samstag, 2. November, Abends 8 Uhr, im „Fammerthal“.

Hürnberg. (Sektion der Schmiede u. verw. Berufe.) Samstag, 2. November, Abends 8 Uhr, im „Fammerthal“.

Hürnberg. (Sektion der Schmiede u. verw. Berufe.) Samstag, 2. November, Abends 8 Uhr, im „Fammerthal“.

Hürnberg. (Sektion der Schmiede u. verw. Berufe.) Samstag, 2. November, Abends 8 Uhr, im „Fammerthal“.

Formerwerkzeug in bekannter Güte und Auswahl zu haben bei W. Winkler, Zwickau i. S., Kaiser Wilhelmplatz 2.

Zum Schutz der Organisation gründete sich am 18. März 1891 nach dem 16wöchentlichen Kampfe der Tabakarbeiter um ihr Koalitionsrecht die Tabakarbeiter-Genossenschaft in Hamburg.

Die Genossenschaft zahlt keine Dividende; den von derselben Beschäftigten wird ein anständiger Lohn bezahlt; bei einer eotl. Auflösung fällt das Vermögen an die Tabakarbeiter-Organisationen.

Verkehrslokal, Herberge und Arbeitsnachweis für Schmiede und verwandte Gewerbe in Berlin bei U. Sahn, Straauerstraße 48.

Cigarren. Ausser unserer nebenstehenden Spezialmarke Pickfeln à Mk. 3.50 empfehlen wir noch einige andere sehr beliebte Sorten: Maiglöckchen Mk. 2.50

Gestorben. In Chemnitz am 14. Oktober der Dreher Ernst Bernh. Wenig, 33 Jahre alt, an der Proletarierkrankheit.

Öffentliche Versammlungen. Berlin. Schlosser. Öffentliche Versammlung am Montag, den 27. November in den Arminskallen.

Privat-Anzeigen.

Tücht. fein-Mechaniker auf franz. Schnitte findet bei hohem Lohn dauernde selbstständige Stellung.

Achtung: Former und Berufsgenossen!

Empfehle mich zur Lieferung meiner allseitig beliebten, aus bestem Material gefertigten und höchst sauber hergestellten Fabrikate in Formerwerkzeugen, Formergürteln u. s. w.

Lederbojenfabrikant W. Ad. Langer, Leubsdorf (Sachsen), empfiehlt sich zur Lieferung seiner beliebten Double-Lederbojen in silbergrün, weißgebleicht und dunkelbraun.

Neues Bürgerliches Gesetzbuch nebst Einführungsgefeß. Gültig vom 1. Januar 1900. Größter Massenartikel. 470 Seiten. Nur in Postpaketen von 25 Stück à 25 Pfg. per Nachnahme.

Fachschriften u. Lehrbücher für Handwerker u. Gewerbetreibende. Kataloge gratis u. franko.

Die vom 1. Juli ab monatlich 2 mal erscheinende Metallotechnische Rundschau Gemeinverständliches Fachblatt für sämtliche Branchen der Metallindustrie

widmet sich der Verbreitung und Weiterbildung der Kenntnisse aller in der Metallindustrie thätigen Arbeiter und Handwerker und ist das billigste aller einschlägigen Fachblätter.

Dritte, veränderte Auflage: Scherm's Reisehandbuch für wandernde Arbeiter. (Auch Tourenbuch für Radfahrer!) Ueber 2000 Reise-touren. 1 Eisenbahn- u. 2 Straßenarten. Gebd. 1.50 Mk